



Kundmachung

über die in der 9. Sitzung der Gemeindevertretung am 17.12.2015 gefassten Beschlüsse

1. BESCHÄFTIGUNGSRAHMENPLAN 2016

Nach eingehender Diskussion lässt der Vorsitzende sodann über den von ihm vorgelegten Beschäftigungsrahmenplan abstimmen und stellt dessen **mehrstimmige Annahme** (Stimmverhältnis 27 : 9) fest.

2. BESCHLUSSFASSUNG DES VORANSCHLAGES 2016 DER MARKTGEMEINDE LUSTENAU

Bürgermeister Dr. Kurt Fischer trägt als Finanzreferent nachstehenden Generaldebattenbeitrag zum Voranschlag 2016 vor:

„Voranschlag 2016 – ein außergewöhnliches Budgetjahr für Lustenau

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Nachdem viele LustenauerInnen am vergangenen Sonntag ein außergewöhnliches Konzert erlebten – die junge, virtuose Organistin Konstanze Hofer im perfekten Zusammenspiel mit einem Blasorchester – darf ich Euch heute ein außergewöhnliches Budget präsentieren, das im gewohnt guten Zusammenspiel zwischen Verwaltung und Politik nach intensiven Verhandlungen entstanden ist. Eine ganz wichtige Rolle hat dabei, wie nun schon seit 20 Jahren, der Leiter der Finanzabteilung Mag. Klaus Bösch gespielt. Er erarbeitet die Grundlagen für die Budgeterstellung und ist mit seinem profunden Wissen und seiner großen Übersicht für uns alle eine wichtige Auskunftsperson und ein höchst kompetenter und fairer Verhandlungspartner. Diese personelle Kontinuität und Qualität in unserer Finanzabteilung ist gerade in finanzpolitisch schwierigeren Zeiten von größter Bedeutung. Danke dir Klaus und deinem ganzen Team.

Für die Budgeterstellung braucht es aber – um beim Eingangsbild zu bleiben – nicht nur einen guten Konzertmeister, sondern ein möglichst harmonisches Zusammenspiel vieler – in der Verwaltung und natürlich auch in der Politik. Auch heuer hat das wieder bestens funktioniert, ich möchte mich daher bei Euch allen herzlich dafür bedanken. Dass heuer in der Budgetdebatte auch kritische und vielleicht sogar laute und tiefe Töne kein so harmonisches Bild ergeben werden, ändert nichts an meiner Überzeugung, dass wir nach jahrelanger Einstimmigkeit auch in der Budgetbeschlussfassung auch weiterhin auf einem guten gemeinsamen Weg sind.

Weder im Finanzausschuss noch im Gemeindevorstand hat es konkrete Änderungsanträge gegeben – lediglich eine Budgetposition wurde auf Wunsch des Hochbaureferenten neu aufgenommen. Man darf also gespannt sein, mit welchen Argumenten man dem gemeinsam erarbeiteten Voranschlag die Zustimmung verweigert – wohl auch stark aus taktischen Überlegungen – das ist nicht außergewöhnlich, vielleicht nach den letzten Jahren noch etwas gewöhnungsbedürftig. Bei dem Abgesang mancher Parteien auf dieses Budget wird – wenn auch klug versteckt – ein Lied mitklingen – frei nach der Gruppe Queen: I want it all and I want it now ... möglichst alles und möglichst alles gleich. Im Widerspruch dazu werden wir – und das auch mit Recht – von allen Seiten hören, wie schwierig die finanzpolitischen Zeiten geworden sind und wie unsere Spielräume schwinden. Umso wichtiger ist es, dass wir auf Kurs bleiben. Wir wollen vieles erreichen, vieles planen und auch umsetzen – aber auf solider finanzieller Grundlage, möglichst viel aus eigener Kraft.

Rekordbudgetsumme von circa € 80 Mio mit riesigem Investitionspaket

Zurück zum Außergewöhnlichen: Die Budgetsumme ist auf einem noch nie da gewesenen Niveau: Lagen wir in den letzten Jahren bei rund € 65 Mio, so beträgt die Budgetsumme 2016 mit genau € 79.259.500,- praktisch € 80 Mio. Das sind 23,5 % über dem Voranschlag 2015. Hauptgrund ist das riesige Investitionspaket von € 18,445 Mio, das wir für das nächste Jahr geschnürt haben. Man kann im Vergleich zu den vergangenen Jahren durchaus von einer Rekordinvestitionssumme sprechen, denn im Vergleich zum Voranschlag 2015 beträgt die Investitionssumme mit gut € 18 Mio fast das Doppelte vom letzten Voranschlag und liegt auch circa 50 % über dem Rechnungsabschluss 2014, wo wir mit € 12,4 Mio ebenfalls eine hohe Investitionssumme zu verzeichnen hatten.

Zu den Verbindlichkeiten

Der Netto Schuldendienst von € 2.915.500,- geht um 14 % zurück und das, obwohl mit € 4,3 Mio weiterhin hohe Tilgungsraten bedient werden. Die Nettoneuverschuldung steigt nur um € 1.785.600,-, obwohl € 4 Mio für den Kauf von weiterem Vermögen veranschlagt ist. Die Schulden sind seit 2010 vor allem wegen Kanalarlehen um circa € 5 Mio gestiegen, gleichzeitig haben wir in diesem Zeitraum Liegenschaften in der Höhe von € 20 Mio erworben und gleichzeitig über € 100 Mio investiert. Trotz der Investitionssumme von € 18,445 Mio ist es uns gelungen, die Gesamtverschuldung mit € 65,5 Mio auf dem Niveau des Rechnungsabschlusses 2014 zu halten. Anders wäre dieses außergewöhnlich große Investitionspaket nicht finanzierbar gewesen.

Aktive Bodenpolitik: Weitere € 4 Mio für den Kauf von Vermögen

Stolz bin ich als Finanzreferent auf die Investitionen und Vermögenswerte der Marktgemeinde, die wesentlich zur guten wirtschaftlichen Entwicklung des Standorts beitragen: Die Marktgemeinde Lustenau hat seit 2005 fast € 150 Mio investiert, was besonders der lokalen Wirtschaft zugute gekommen ist. 40 weitere Millionen wurden in diesen Jahren für den Ankauf von Grundstücken mit einem Schwerpunkt auf Betriebsgrundstücke aufgewendet. Nächstes Jahr sind wieder € 4 Mio für den Kauf von weiterem Vermögen veranschlagt, insbesondere für den Ankauf von Grundstücken im neuen Betriebsgebiet Heitere und im Zentrum.

Schwierige Rahmenbedingungen: unsere Überschüsse werden kleiner

Der Überschuss der laufenden Gebarung geht stark zurück, mit fast 20 % gegenüber dem Voranschlag 2015 und sogar 30 % gegenüber dem Rechnungsabschluss 2014. Lustenau hat eine motivierte, schlanke Verwaltung, die um einen sparsamen Budgetvollzug bemüht ist, die negative Entwicklung bei den Überschüssen und frei verfügbaren Mitteln ist bei uns in Lustenau nicht hausgemacht. Die Hauptursachen liegen in den negativen finanzpolitischen Entwicklungen, die die Marktgemeinde Lustenau kaum oder gar nicht beeinflussen kann: Einerseits die Steigerungen im Sozial- und Gesundheitsbereich, die sich trotz zusätzlicher Zuschüsse des Landes negativ auswirken und zweitens die schwierigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen mit einem schwachen Wirtschaftswachstum und hoher Arbeitslosigkeit. Negative Auswirkungen auf Österreichs Kommunen hat auch die Steuerreform. Sie führt zu massiven Einbrüchen für Gemeinden bei den Ertragsanteilen des Bundes, die mit über € 20 Mio die größte Einnahmensquelle der Marktgemeinde Lustenau darstellen.

Der Bund delegiert immer mehr Aufgaben an die Kommunen ohne Berücksichtigung im Finanzausgleich (Kinderbetreuung, Bildung, Schulgebäude). Dass wir sogar für unser Feuerwehrhaus und die Erweiterung der Volksschule Kirchdorf 20 % Mehrwertsteuer an den Bund abliefern müssen – circa € 2 Mio – ist nur ein Beispiel von vielen. Wir investieren gerne in Sicherheit und Bildung, aber dass sich der Bund hier noch finanziell bedienen muss, sehen wir überhaupt nicht ein. Die Tatsache, dass das Land Vorarlberg eine solide finanzielle Basis hat, wird in den nächsten Jahren noch entscheidender sein als bisher, das heißt aber auch, dass die Gemeinden vermehrt auf die Unterstützung des Landes bauen müssen, insbesondere im Sozial- und Gesundheitsbereich. Die Deckelung des Sozialfonds ist ein erster wichtiger Schritt.

Vom Bund darf man sich wenig Unterstützung erhoffen. Man wird sich auch in den nächsten Jahren damit abfinden müssen, dass wir zentrale Rahmenbedingungen nicht selber beeinflussen können. Die Tatsache, dass die Wirtschaftslokomotive Deutschland Österreich bezogen auf Wachstum und Beschäftigung deutlich abgehängt hat (vor einigen Jahren galten wir als die besseren Deutschen, was Wachstum und Beschäftigung betrifft), wird Österreich in den nächsten Jahren vor große Herausforderungen stellen. Zusätzliche Rücksäcke wie Hypo Alpe Adria oder verschleppte Reformen und Überregulierung auf allen Ebenen behindern die Entwicklung Österreichs zusätzlich, mit negativen Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen.

Antizyklisch in die lokale Wirtschaft investieren

Umso wichtiger sind die Vermögenswerte, die Lustenau in den letzten Jahren geschaffen hat, um nun damit aus eigener Kraft wirtschaften und den Wirtschaftsstandort stärken und fördern zu können. Alleine in den Gebieten Millennium Park und Heitere hat Lustenau über 10 ha Betriebsgründe erworben. In der Heitere selbst läuft zurzeit das Umlegungsverfahren für ein 14 ha großes neues Betriebsgebiet, das zu den attraktivsten im Rheintal zählen wird. Hier können in Zukunft neue Arbeitsplätze entstehen, ein ganz wichtiger Impuls für unsere Gemeinde. Nach zum Teil sehr erfreulichen Steigerungsraten in den letzten Jahren ist die Kommunalsteuer heuer kaum gewachsen, umso wichtiger ist es, den lokalen Betrieben, wo es geht, Möglichkeiten zur Weiterentwicklung zu bieten und neue Firmen für den Wirtschaftsstandort Lustenau zu gewinnen, wie Ledon, Soltech, Amann Kaffee oder aktuell gerade Kugelfink.

Wenn Lustenau auf Handelsflächen verzichtet, werden andere handeln

Große Ansiedlungen im Bereich Handel, wie sie sich bisher nur um Lustenau herum entwickelt haben, werden wir genau prüfen. Auf den Landesraumplan auf unserem großen Grundstück an der Dornbirner Straße werden wir nicht voreilig verzichten. Hier verstehe ich die Haltung der FPÖ überhaupt nicht: während sich die FPÖ andernorts für den hemmungslosen Ausbau von Handelsflächen stark macht – ohne an die Auswirkungen auf Lustenau nur zu denken – fordert sie in Lustenau das Ende der Verhandlungen mit IKEA. Das würde manchen Nachbarn so passen – sie applaudieren und planen neue verkehrssensitive Projekte, die mit dem Durchzugsort Lustenau rechnen – „vignettenfreie Zufahrt über Au-Lustenau“ heißt es dann in der Werbung. Kein Wunder, dass manchen eine vignettenfreie Zufahrt nach Lustenau lieber wäre. Wir haben in dieser zugegeben schwierigen Frage einen anderen Zugang: das Projekt genau prüfen, insbesondere die Auswirkungen auf den Verkehr und unser Zentrum. Wenn Lustenau einseitig auf Handelsflächen verzichtet, dann werden andere handeln – wahrscheinlich nicht zum Vorteil von Lustenau und ohne Rücksicht auf unsere Situation. Für unsere weitere wirtschaftliche Entwicklung, mit oder ohne Handel an der Dornbirner Straße, brauchen wir eine echte Verkehrslösung.

Der Weg aus der Sackgasse führt über die Z-Variante

Auch wenn die Erweiterung des Verkehrsnetzes durch die Heitere-Spange und den Autobahnanschluss Rheintal-Mitte eine gewisse Verbesserung bringen wird, der eigentliche Weg aus der Sackgasse führt über die Z-Variante. Die „Strategische Prüfung Verkehr“ (SPV) ist nun angeblich beim Ministerium und soll im Juni 2016 dem Ministerrat vorgelegt werden. Es ist wichtig, dass diese wichtige Straßenverbindung in die Schweiz endlich auch in Wien eine erste wichtige Hürde nimmt. Der eigentliche Planungsprozess dauert dann noch lange genug, wenigstens ist das Projekt durch den Planungsprozess Mobil im Rheintal (MIR) so vorbereitet, wie kaum ein anderes Straßenprojekt in Mitteleuropa.

Aus Lustenauer Sicht bin ich froh, dass die Z-Variante – also die Verbindung von Dornbirn Nord nach St. Margrethen – weiterverfolgt wird. Sie bringt als wesentlichen Teil einer Gesamtlösung eine hohe Entlastung für Lustenau und hat große Vorteile gegenüber der Variante CP am östlichen Siedlungsrand von Lustenau, nicht zuletzt deshalb, weil bei der Z-Variante das Ried praktisch autofrei würde. Sobald das Bundesstraßengesetz geändert ist und die neue Straßenverbindung von Dornbirn-Nord nach St. Margrethen quasi gesetzlich verankert ist, macht es Sinn, dass unsere Bevölkerung im Rahmen einer Volksbefragung ein deutliches Zeichen für die Verantwortlichen im Bund und im Land setzt. Lustenau braucht diese Straßenverbindung – es gibt keine echte und ehrliche Alternative dazu.

Eine kürzlich in Auftrag gegebene Verkehrsstudie soll uns die Frage beantworten, wie sich der Verkehr in Lustenau zusammensetzt, insbesondere auf den Durchzugsstraßen. Wieviel Verkehr ist hausgemacht, wie viele LKW und auch PKW fahren durch Lustenau durch und mit welchem Ziel? Ein gutes Mobilitätsmanagement, gute Angebote im öffentlichen Verkehr und attraktive Fahrradwege helfen uns, den hausgemachten PKW-Verkehr zu reduzieren. Nach der Fertigstellung des Radwegs am Alten Rhein ist 2016 im Rahmen des Bahnhofprojekts die Fahrradverbindung zum Bahnhof Lustenau im Mittelpunkt.

Lernort Lustenau 2026: wirtschaftlich stark, lebenswert, sicher

Ein Voranschlag für ein Jahr, wie er heute diskutiert und beschlossen wird, ist ein wichtiger Beitrag zu einem großen Gesamtziel: unser Lustenau als wirtschaftlich starken, lebenswerten und sicheren Ort weiterzuentwickeln, mit einem besonderen Fokus auf den Lernort Lustenau. Unserer Gemeinde als Lebens- und Lernort kommt bei der Verbesserung der Bildungs- und Entwicklungschancen von Kindern eine besondere Verantwortung zu. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen alle Akteure »rund ums Kind« stärker zusammenarbeiten. Gefragt sind Eltern, Erzieher, Pädagogen, Sozialarbeiter und Kinderärzte und Hebammen gleichermaßen wie Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Vereinen und Verwaltung.

Lernort entwickeln, neue Lernorte schaffen

Die Entwicklungschancen unserer Kinder sind der zentrale Faktor für eine positive, nachhaltige Entwicklung unserer Gemeinde. Lustenau ist ein kinder- und familienfreundlicher Lernort, der auch den Pädagoginnen und Pädagogen gute Voraussetzungen bietet. Von der frühkindlichen Bildung in unseren Kinderbetreuungen und Kindergärten bis zur Bildung an den Volks- und Mittelschulen, den höheren Schulen bietet Lustenau jungen Menschen ein vielfältiges Angebot. In Lustenau herrscht große Einigkeit, dass gezielte Investitionen in Bildung der Schlüssel zu gesellschaftlicher Integration und zu mehr Chancengerechtigkeit ist. Mit dem Neubau des Kindergartens Rheindorf und der Erweiterung des Kindergartens Brändle haben wir wichtige Projekte umgesetzt, auch an der Mittelschule Kirchdorf haben wir heuer die räumliche Situation verbessert. Jetzt steht die Erweiterung der Volksschule Rheindorf – ein Projekt, in das wir über € 3 Mio investieren. Am Standort Rotkreuz werden wir mit einem Architekten, der in Vorarlberg ein zukunftsweisendes Schulprojekt geplant und ein aktuelles Campusprojekt in Hard von Anfang an begleitet hat, eine Standortanalyse gemeinsam erarbeiten, damit bis Mitte 2016 eine Entscheidungsgrundlage vorliegt. Auf Basis dieser Standortentscheidung können dann die Grundlagen für einen Wettbewerb vorbereitet werden.

Schwerpunkt Frühpädagogik

In den Bereichen Kinderbetreuung und Kindergärten hat Lustenau in den letzten Jahren viel investiert. Ein paar Zahlen sollen das verdeutlichen: in meinem ersten Bildungsbudget als Bildungsreferent (Voranschlag 2001) waren für private Kinderbetreuungseinrichtungen € 35.000,- vorgesehen. Im Voranschlag 2016 sind es € 646.000,- – also fast 20 mal mehr. Zusammen mit dem Land Vorarlberg, das 60 % der Personalkosten trägt, sind es über € 1,5 Mio. Dass die Grünen fordern, Lustenau solle in der Kinderbetreuung endlich durchstarten, klingt angesichts der Entwicklung sehr „eigen“. 60 % der 2-jährigen und circa 80 % der 3-jährigen sind in Lustenau in einer Kinderbetreuung, bei den 4- und 5-jährigen sind es praktisch 100 %. Wo wir weiterhin Handlungsbedarf haben, ist bei den Kindergartenplätzen für 3-jährige. Nicht lange nach der Fertigstellung des Kindergartens Rheindorf taucht im Voranschlag 2016 ein Planungswettbewerb für einen weiteren Kindergarten im Süden von Lustenau (Hasenfeld/Wiesenrain) auf. Es gibt auch konkrete Überlegungen für weitere Kinderbetreuungsangebote – gleich im Jänner wird sich der Bildungsausschuss mit diesem wichtigen Thema beschäftigen, die Fachabteilung arbeitet schon längere Zeit intensiv daran.

Der Lernort Lustenau setzt auf die Frühpädagogik und vor allem auch auf die Arbeit der 90 Kindergartenpädagoginnen.

In einer Gemeinde mit so vielen Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache sind sie – wie auch die LehrerInnen an den Lustenauer Schulen – pädagogisch ganz besonders gefordert – insbesondere die Teams an den Kindergärten mit einem Anteil von über 2/3. Wir wollen unseren Kindergartenpädagoginnen, den 11 Leiterinnen und ihren Teams, optimale Voraussetzungen bieten und gemeinsam mit ihnen dieses grundlegende pädagogische Angebot weiterentwickeln. Im Bereich der Volks- und Mittelschulen finanzieren wir mit Schulsozialarbeitern und administrativen Hilfen wichtiges Unterstützungspersonal für die SchulleiterInnen und die LehrerInnen-Teams – wir sind hier wirklich Vorreiter in unserem Land – genauso wie mit dem Projekt „Musikalische Früherziehung“ an unseren Volksschulen. Daneben bieten wir in unseren zwei „Schülis“ eine ganz besondere Form der Schülerbetreuung.

Mit einer Vielzahl von Projekten und Initiativen sorgen wir dafür, dass sich Kinder und Jugendliche in unserem „Dorf“ wohl fühlen und gut entwickeln können. Dabei sind die vielen engagierten Vereine für uns wichtige Partner, die Offene Jugendarbeit, die Kulturvereine und Sportvereine, und auch die Feuerwehr und das Rote Kreuz, wo Jugendarbeit ebenfalls großgeschrieben wird. Der besondere Lernort „W*ORT“, den wir im Zentrum von Lustenau geschaffen haben, ist ein wichtiger Begegnungsort geworden. Das starke soziale Netz, das Vereine und die vielen ehrenamtlich tätigen Menschen in Lustenau schaffen, ist wichtig für den sozialen Zusammenhalt und die Identifikation mit unserer Heimatgemeinde. Durch dieses großartige Engagement finden sich auch Menschen, die neu in Lustenau sind, schneller zurecht. Diese Menschen, die sich in Vereinen engagieren und anderen Menschen Zeit schenken, haben auch eine wichtige Vorbildfunktion: viele Studien belegen, dass Menschen, die in Vereinen groß werden, sich auch im weiteren Leben überdurchschnittlich für das Gemeinwohl engagieren und Verantwortung übernehmen. Unsere Vereinsförderungen machen sich nicht nur heute mehr als bezahlt, es sind auch wichtige Investitionen in die Zukunft unserer Gemeinde.

„Gerne älter werden in Lustenau“

Der Advent bringt uns besondere Begegnungen mit älteren Menschen in Lustenau wie beim „Fest der älteren Mitbürger“ oder den Weihnachtsfeiern in unseren Seniorenhäusern. In Lustenau sind die älteren Menschen das ganze Jahr eine wichtige Zielgruppe des gesellschaftspolitischen Handelns. Auch hier geht es um eine lebenswerte Zukunft, um ein Älterwerden in Würde, um Chancen und Möglichkeiten im dritten Lebensabschnitt. Unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger sind mit ihrem Wissen, ihrer Lebenserfahrung, ihrer Zeit auch wichtige Gesprächspartner, wichtige Bezugspersonen für unsere jungen Mitbürger. Wenn ältere Menschen Betreuung und Pflege brauchen, dann gibt es in Lustenau ein sehr gutes Netzwerk an Angeboten, ambulant und stationär. Die meisten Menschen wollen, wenn möglich, zu Hause, in der vertrauten Umgebung betreut und gepflegt werden. In kaum einer anderen Gemeinde werden so viele ältere Menschen zu Hause gepflegt, wie in Lustenau. Pflegende Angehörige können sich auf ein funktionierendes Netz an Unterstützung verlassen – unsere Beratungsstelle für Betreuung und Pflege, die MOHI und der Krankenpflegeverein leisten hier hervorragende Arbeit. Wenn es ambulant nicht oder nicht mehr möglich ist, dann sind pflegebedürftige Menschen in unseren beiden Seniorenhäusern bestens versorgt.

Gerade im Hinblick auf die demographische Entwicklung möchten wir betreute Wohnformen entwickeln, damit ältere Menschen möglichst lange ihre Eigenständigkeit erhalten können. Mit dem Projekt „Betreutes Wohnen“, das wir gemeinsam mit der Vogewosi auf dem „Blatter-Areal“ realisieren, setzen wir einen wichtigen Schritt.

Das Projekt ist im Bau, schon nächstes Jahr werden die Wohnungen fertiggestellt. Es gibt zu diesem wichtigen Thema auch konkrete Überlegungen im Zentrum, wo vielleicht schon bald ein weiteres Angebot entsteht.

Sicherheit – „d’Führwer sorgat jedrzit, dass dar Mänsch ko Schado lidt“

Es ist sicher kein Zufall, dass der Landesfeuerwehrkommandant ein Lustenauer ist. Die Feuerwehr hat in Lustenau eine lange Tradition, eine Tradition gekennzeichnet von hohem persönlichen Engagement und einer fast unglaublichen personellen Kontinuität. So ist unser Kommandant Dietmar Hollenstein in der über 130-jährigen Geschichte erst der 10. Kommandant. *„Was die wackeren Wehrmänner seit Bestand des Vereins zum Schutze ... ihrer Mitbürger geleistet haben, verdient höchsten Dank und ehrende Anerkennung“*, sagt Beno Vetter in seiner Heimatkunde. Vor 90 Jahren erhielt die Lustenauer Feuerwehr als erste des Landes eine Automobilspritze und 1959 fasste die Lustenauer Gemeindevertretung den Beschluss des Baus eines neuen Feuerwehrhauses. Im Frühjahr 2016 soll nun der Spatenstich für einen neuen Meilenstein in der Geschichte unserer Feuerwehr erfolgen – für das neue Feuerwehrhaus und Katastrophenschutzzentrum in der Neudorfstraße. Im Voranschlag 2016 ist dafür ein Betrag von € 4,5 Mio vorgesehen, im Voranschlag 2017 wird dieses große Bauprojekt noch einmal der größte Einzelbudgetposten sein.

Im Rahmen der Präsentation unseres Katastrophenschutzplanes heuer im Juli haben wir der interessierten Bevölkerung das Gefahrenpotenzial des Alpenrheins deutlich vor Augen geführt. Gemeinsam mit der Feuerwehr werden wir den Katastrophenschutz in Lustenau weiterentwickeln – unser Konzept hat das Land und die Nachbargemeinden überzeugt – sie haben sich diesem Projekt angeschlossen. Unsere Feuerwehr spielt bei allen Plänen und Überlegungen eine wesentliche Rolle. Es freut mich sehr, dass sie in der Neudorfstraße eine perfekte Infrastruktur für Einsätze aller Art erhält – die Funktion des neuen Hauses als Einsatzzentrale der Marktgemeinde Lustenau im Katastrophenfall werden wir hoffentlich auch in weiterer Zukunft nur in Übungen erleben.

Ein ganz wesentliches Schutzprojekt für Lustenau ist Rhesi – hier bringt das Jahr 2016 wichtige und hoffentlich erfreuliche Erkenntnisse für die Wasserversorgung unserer Gemeinde – die Probebrunnen für neue Brunnenstandorte gehen ja bald in Betrieb. Ich kann als Bürgermeister nur hoffen, dass es keine unnötigen Verzögerungen für dieses Jahrhundertprojekt gibt – wir brauchen diesen erhöhten Hochwasserschutz dringend – so schnell wie möglich.

„Im Sport dô siemmr tüchti ...“

Lustenau ist eine sportliche und sportbegeisterte Gemeinde – Sport und Bewegung haben in Lustenau Tradition. Mit der Fertigstellung des Parkstadions hat Lustenau einen wichtigen Meilenstein gesetzt, für die beiden Leichtathletikvereine, aber auch für alle anderen Laufbegeisterten. Im Bereich Fußball werden 2016 wichtige Entscheidungen oder zumindest Vorentscheidungen fallen. Das Projekt „Nachwuchsfußballzentrum“ könnte schon im ersten Quartal 2016 einen ganz wesentlichen, grundlegenden Schritt weiterkommen. Hier danke ich unserem Projektteam für die hervorragenden und überzeugenden Vorarbeiten.

Für einen nachhaltigen Ausbau des Reichshofstadions zu einem wirklich bundesligatauglichen Stadion und für die Umsetzung eines Nachwuchsfußballzentrums – auch als Ersatz für die fünf Plätze im Rheinvorland – werden wir massive Unterstützung vom Land Vorarlberg brauchen – ich hoffe, dass es in den Planungen des Landes zum Ausbau der Sportinfrastruktur seinen Platz findet. Schon im Jänner sind diesbezügliche Gespräche geplant.

Ein Blick auf unser „Zentrum“

Was tut sich 2016 in unserem Zentrum? Wird nur Gras über die Gewächshäuser wachsen oder kommt ausgehend vom wirklich guten Masterplan Bewegung in die Sache? Ich habe vor einem Jahr an dieser Stelle betont, dass es Mut braucht, Ausdauer und gute Ideen, um sich nochmals ans Zentrum Lustenau zu wagen und wirklich auch Dinge umzusetzen. Natürlich braucht es auch Investoren – denn die Gemeinde kann nicht alles selber stemmen. Apropos Investoren: das Projekt Kaiserpark – ausgehend von unserem Masterplan von der Firma ZIMA entwickelt – geht in die Umsetzung. Eine erfreuliche Entwicklung an der Kaiser-Franz-Josef-Straße. Die Gemeinde wird westlich davon den Schulhof der VS Kirchdorf in einen attraktiven öffentlichen Platz (um)gestalten und gleich daneben das Haus Kaiser-Franz-Josef-Straße 34 behutsam sanieren und die Abteilungen Bildung, Familie und Kultur in einem bürgerfreundlichen Servicecenter vereinigen.

Für das sogenannte „Baufeld Ost“ – wo im Sommer 2014 das Feldhotel stand – sollen die Grundlagen für einen Planungswettbewerb erarbeitet werden. Eine wichtige Frage sind dabei mögliche Nutzungen, insbesondere auch die Frage, ob die Bibliothek von der Pontenstraße ins Zentrum wechseln soll. Das Baufeld Ost, gemäß Masterplan auch der Ort des „Dorfgartens“ – der Planungswettbewerb wird sich also nicht nur um Gebäude drehen sondern auch um einen großzügigen Grünraum – eine riesen Chance für unser Zentrum. Einen Wettbewerb wird es auch auf einem weiteren Planungsfeld geben – nämlich am nördlichen Ende des Pfarrwegs: hier wollen wir gemeinsam mit der Firma IR Schertler und einem gemeinnützigen Wohnbauträger ein weiteres Angebot für betreutes Wohnen im Zentrum schaffen – auf dem Grundstück der „Bast“, auf dem gemeindeeigenen Grundstück („Göuslar“) und eventuell auch auf einem Grundstück der Pfarre Kirchdorf. Zusammen wäre das ein großes, attraktives Planungsfeld, ein kleines Projektteam ist schon intensiv am Thema dran.

Ein lebenswertes Dorf braucht eine gute Nahversorgung und auch attraktive Naherholungsräume. Am Alten Rhein haben wir gezeigt, was aufgrund eines guten Masterplans möglich ist. Im Zentrum tun wir uns da schwerer, aber auch hier gibt es ein großes Potenzial. Sehr schwer tat man sich bisher beim Thema Kirchplatz („Blauer Platz“) – hier ist die Ratlosigkeit oft größer als der Tatendrang. Nachdem es konkrete Pläne für Investitionen im Gastronomiebereich am Platz gibt, möchten wir die Chance nützen, auch den Kirchplatz in seiner Aufenthaltsqualität und auch im Erscheinungsbild zu verbessern. Im Rahmen des Designwettbewerbs „vlow!“ werden drei Planungsbüros kurzfristig umsetzbare Gestaltungsvorschläge für dieses schwierige Planungsfeld erarbeiten – die Wettbewerbsjurierung im Festspielhaus Bregenz wird öffentlich sein.

Persönlicher Dank

Mein Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Gemeinde, in der Verwaltung, den Kindergärten, Seniorenhäusern und in allen anderen Bereichen für ihre bürgernahe, kompetente und serviceorientierte Arbeit.

Danken möchte ich auch allen Lustenauer Unternehmerinnen und Unternehmern für ihr großes Engagement, ihre soziale Verantwortung und ihr Bekenntnis zum Standort Lustenau. Zusammen mit ihren motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur finanziellen Handlungsfähigkeit und Gestaltungskraft unserer Gemeinde. Ein besonderer Dank gilt jenen, die sich ehrenamtlich für unser Gemeinwesen engagieren. Dieser Beitrag für ein lebenswertes Klima und menschliches Miteinander ist unbezahlbar. Vor allem sind es auch unsere zahlreichen Vereine, die mit großem persönlichem Engagement einen unentbehrlichen Beitrag für die Menschen in unserer Gemeinde leisten. Umso erfreulicher und wichtiger ist es, dass wir auch in finanzpolitisch schwierigeren Zeiten entsprechende Fördermittel für unsere Vereine zur Verfügung stellen können. Nochmals danke an alle, die sich für unser Lustenau engagieren, weil es ihnen am Herzen liegt. Ich wünsche euch allen frohe Weihnachten und ein glückliches neues Jahr. *Blibind gsónd und bhaltind do Humor.* "

Gemeinderat Martin Fitz trägt namens der Fraktion der FPÖ Lustenau nachfolgenden Generaldebattenbeitrag zum Voranschlag 2016 vor:

„Sehr geehrte Damen und Herren der Gemeindevertretung, geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Zu Beginn darf ich kurz das wirtschaftliche Umfeld und die Rahmenbedingungen beleuchten, unter denen dieser Budgetentwurf entstanden ist.

Rot-Schwarze Bundesregierung fährt unser Land immer schneller gegen die Wand

Wie schon die Jahre zuvor fand die erhoffte Erholung unseres wirtschaftlichen Umfeldes nicht statt. Laut der im November veröffentlichten Prognose der EU Kommission wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Österreich im Jahr 2015 nur um reale 0,6 % gegenüber dem Vorjahr wachsen. Im Vergleich dazu steigert sich die Eurozone im Jahr 2015 um 1,5 % und rechnet mit einem durchschnittlichen Wachstum von 1,9 % für das kommende Jahr 2016. Auch hier wurde prognostiziert, dass Österreich (1,5 %) wieder weit unter dem Durchschnittswert zurückbleiben wird! Das geplante statistische Hinzurechnen der Flüchtlingskosten mit zusätzlichen 0,3 % zum BIP ist nicht als zielführend zu betrachten, zeigt aber wie hier mit Statistiken umgegangen wird. Die unfähige Bundesregierung von SPÖ und ÖVP hat nicht ansatzweise den Mut und die Kraft längst notwendige Reformen umzusetzen. Parteipolitisch motivierte Kleinkriege, Eifersüchteleien und gegenseitiges Misstrauen stehen auf der Tagesordnung – die Arbeit für unser Land bleibt auf der Strecke. Mit der von Rot-Schwarz groß gefeierten größten Steuerreform der 2. Republik gibt uns der Finanzminister nur einen Teil von dem zurück, was er sich in den letzten Jahren durch die sogenannte „kalte Progression“ vom Steuerzahler geholt hat. Von einer nachhaltigen Entlastung kann also keine Rede sein. Erst die Abschaffung der kalten Progression würde hier ein Stück Gerechtigkeit schaffen.

Nicht einmal die Rekordarbeitslosigkeit – die Höchste seit dem Bestehen der 2. Republik – von fast 10 % bringt die Regierung zum Erwachen.

Nein im Gegenteil: Alles was SPÖ/ÖVP einfällt, ist die weitere Schikanierung und Belastung der Wirtschaft. Anstatt Investitionsanreize zu setzen und endlich durch eine Lohnnebenkostensenkung den Betrieben die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu erleichtern, wird weiter belastet und noch mehr Bürokratie geschaffen.

Bestes Beispiel dafür ist die miserabel vorbereitete Einführung der Registrierkassenpflicht. Unternehmer werden zum einen von der Regierung und der Wirtschaftskammer – eine wahrhaft tolle Interessensvertretung – monatelang medial pauschal als Steuerbetrüger an den Pranger gestellt. Zum anderen bedeuten die Anschaffungskosten der Registrierkassen für viele Betriebe – vor allem etwa in der Gastronomie, in der nun teilweise ganze Schanksysteme neu angeschafft werden müssen, Kosten von mehreren Zehntausend Euro – einen kaum zu bewältigenden Mehraufwand. Die Frage, wie in diesem unternehmerfeindlichen Klima noch irgendjemand das Risiko eingehen soll, selbständig zu werden und einen Betrieb ins Leben zu rufen oder zu erhalten, stellt sich immer mehr.

Während also für die eigenen Bürger und Unternehmen die Vorschriften immer strenger werden und die Kontrollen immer schärfer, hält sich die Regierung selbst nicht an ihre eigenen Gesetze und Vorschriften. Dies wurde sichtbar in der sogenannten „EURO-Krise“, als geltende EU-Verträge willkürlich gebrochen wurden (Schuldenunion) und nun erneut in der aktuellen Flüchtlingsproblematik. Wen interessieren noch das geltende „Dublin-Abkommen“ oder die Schengen-Regeln, wo ganz klar die Sicherung der EU-Außengrenzen festgelegt ist? Die Regierung in Österreich jedenfalls nicht. Hier werden wahllos zigtausende von Personen aus aller Herren Länder ohne die vorgeschriebene Identitätskontrolle einfach ins Land gelassen oder an die nächste Grenze geführt. Allein im Jahr 2015 sind fast 100.000 Personen nach Österreich geströmt. Dies nach einer Reise durch unzählige sichere Drittstaaten, wo längst Schutz vor Verfolgung gewährleistet gewesen wäre. Nachdem aber nun auch die lautesten „refugee welcome“-Schreier langsam einsehen, dass es so nicht weiter gehen kann und zuerst nur wochenlang darüber gestritten wurde, ob der Zaun nun „als technische Maßnahme, technische Barriere oder Türe mit Seitenteilen“ bezeichnet werden soll, entsteht zumindest langsam so etwas wie ein Grenzschutz. Dass es sich bei der österreichischen Ausführung des Grenzzaunes um einen leicht überwindbaren, teuren Maschendrahtzaun mit einer meterlangen Lücke handelt, ist eigentlich sinnbildlich für die Arbeit der Regierung. Zu Recht fragen sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger: „Sind die denn nicht mehr ganz dicht?“ Und meinen damit erst in zweiter Linie unsere Staatsgrenzen.

Im Zusammenhang mit dem Flüchtlingsansturm ist für uns Freiheitliche eines ganz klar: In der Frage unserer Grundwerte dürfen wir keine Kompromisse eingehen. Wer in unserem Land lebt, hat sich an unseren Grundwerten zu orientieren, diese zu respektieren und nach diesen Prinzipien zu leben. Jeder kann seine Religion leben, aber eine Religion darf nie über unsere Grundwerte wie Demokratie, Meinungsfreiheit, Gleichbehandlung von Mann und Frau oder Gewaltfreiheit gestellt werden. Das müssen wir kompromisslos einfordern. Was der ungezügelte Zustrom von Personen nach Österreich für die Staatskassen bedeutet, wagt noch niemand so genau vorauszusagen. Die Schätzungen bewegen sich aktuell etwa zwischen € 1,5 und € 2,5 Mrd pro Jahr. Dies sind sicher noch sehr optimistische Vorhersagen. Die tatsächlichen langfristigen Kosten werden wohl noch um einiges höher liegen. Kosten, die über Umwege auch die Haushalte der Gemeinden belasten werden.

Damit komme ich nun zum Voranschlag der Marktgemeinde Lustenau:

Ich werde zu Beginn meiner Ausführungen auf die geplanten Großinvestitionen eingehen, die ganz ausdrücklich unsere vollste Zustimmung und Unterstützung finden. Wir freuen uns sehr über den Um- und Erweiterungsbau der Volksschule Rheindorf im Jahr 2016.

Vor der jetzt hoffentlich rasch beginnenden Umsetzung war dies ein sehr planungsintensives Bildungs- und Hochbauprojekt – zuerst von Gemeinderat Ernst Hagen, welches in weiterer Folge von unserer neuen Gemeinderätin für Bildung Mag. Doris Dobros übernommen und gemeinsam mit Hochbaureferent Vizebürgermeister Walter Natter auf Schiene gebracht wurde. Wir bedanken uns hier ausdrücklich beim Hochbaureferenten für die ressortübergreifende gute Zusammenarbeit, welche sich auch bei der genauen Analyse und Erstellung des künftigen Raumprogramms zwischen den beiden Ressorts Hochbau und Bildung bewährt hat. Ein besonderer Dank gilt an dieser Stelle auch dem sehr konstruktiv und lösungsorientiert mitwirkenden Lehrkörper.

Investitionen in den Bildungsbereich haben für uns Freiheitliche absolute Priorität. Es ist ureigenste Aufgabe einer Gemeinde, für die Bildung und Ausbildung der Kinder und Jugendlichen bestmögliche Bedingungen zu schaffen. Die Schulen und Kindergärten in Lustenau weisen einen sehr hohen Standard auf und unsere Pädagoginnen und Pädagogen leisten hervorragende Arbeit. Trotzdem gibt es in den nächsten Jahren für unsere Bildungsgemeinderätin Mag. Dobros sehr viel zu tun. Die Kleinkinderbetreuung wurde bisher ausschließlich von privaten Anbietern bewältigt. Die Nachfrage nach Plätzen wird jedoch immer größer, deshalb ist es höchste Zeit dass die Gemeinde sich in der Kleinkinderbetreuung selbst noch stärker einbringt. In Zukunft werden vermehrt auch Eltern von Dreijährigen den Kindergarten für ihre Kinder nutzen wollen. Zu diesem Zweck und um dies schaffen zu können werden alle Kindergärten derzeit auf Erweiterungsmöglichkeiten überprüft. Ein ganz besonderes Anliegen ist für die Bildungsreferentin Mag. Doris Dobros das laufende Projekt Campus Rotkreuz. Die Vorstellung vom Kindergarten, Volksschule und Mittelschule an einem gemeinsamen Ort, mit gemeinsamen Schnittstellen, soll weiter von den Beteiligten entwickelt und bestmöglich fertig geplant werden. Schulen haben heute viel mehr Aufgaben zu erfüllen wie früher: Es braucht Mittagsbetreuung, Lernbegleitung, Sprachförderung, Bewegungsangebot, Inklusion, Nachmittagsbetreuung und vieles mehr. Hier wird intensiv in diesem Prozess gearbeitet – allen Beteiligten ein recht herzliches „Dankeschön“, ihr arbeitet mit am Bildungsfundament und damit der Zukunft unserer Kinder. Diese Arbeit soll und wird in die nächste Großinvestition unserer Gemeinde münden.

Meine Damen und Herren, auch der Beginn zu den Arbeiten am neuen Sicherheits- und Katastrophenzentrum der Feuerwehr Lustenau ist im kommenden Jahr 2016 geplant. Hier wurden mit beispielhaftem Einsatz von unseren ehrenamtlichen Feuerwehrmännern wahrlich perfekte Planungen geliefert. Einen herzlichen Dank hier an den Kommandanten unserer Feuerwehr Dietmar Hollenstein und seinem ganzen Team. Jetzt müssen die Planungen nur noch rasch umgesetzt werden.

Einmal mehr ein großer Brocken der Investitionen wird für die Kanalisation aufgewendet. Anfang 2016 wird das letzte bereits vergebene Baulos im 2. Abschnitt der Binsfeldstraße angegangen und fertiggestellt. Damit ist dann das Jahrhundertprojekt der Kanalisation von Lustenau mit seinen 230 km Kanal und Gesamtausgaben von € 110 Mio zwar fertiggestellt, aber in manchen Teilbereichen auch schon wieder 50 Jahre alt. Wie bei jedem Bauwerk werden auch hier um die Erhaltung zu sichern, große laufende Investitionen nötig sein, um die dem Gemeindebürger auch in Rechnung gestellte Dienstleistung der Wasser- und Abwasserversorgung zu sichern. Es liegt nach den vorläufigen Untersuchungen des Kanalnetzes bereits jetzt ein roher „Kanalkataster“ vor, welcher die Notwendigkeit von laufenden Instandhaltungsarbeiten aufzeigt, im Laufe des nächsten Jahres folgt ein „Leitungskataster“ für die Wasser-Zuleitungsrohre. Aufgrund dieser Informationen können die notwendigen Erhaltungs- und Sanierungsschritte perfekt geplant werden.

Es zeigt sich jetzt schon, dass die sinnvollste und langfristig günstigste Maßnahme zur Erhaltung unseres Kanalsystems jene sein wird, welche den gesamten Substanzwert der getätigten Investitionen nie unter 50 % sinken lässt. Aufwendungen für unsere größte Investition müssen daher regelmäßig eingeplant werden. Ein weiteres Projekt im Tiefbauressort ist der sukzessive Austausch von sowieso sanierungsbedürftigen Straßenbeleuchtungen. Es wurden bereits die ersten LED-Straßenlaternen Mitte dieses Jahres in der Flurstraße und beim Weg zwischen Friedhof und Altersheim Hasenfeld aufgestellt. Bei niedrigerem Energieverbrauch bringt jetzt die bessere punktuelle Beleuchtung mehr Helligkeit und Sicherheit auf Straßen und Wegen – dazu auch weniger ungewünschte Lichtemissionen bei Nachbarn oder Anrainern.

Ein besonderes Anliegen ist mir der Erhalt unserer eigenständigen Trinkwasserversorgung in ausreichender Menge und bestmöglicher Qualität für jetzt und für die Zukunft. Die Probebohrungen im Rheinvorland werden zeigen, ob eine mögliche Verlegung unserer Trinkwasserbrunnen aufgrund des Projekts Rhesi möglich und machbar ist. Hier werden Mitte nächsten Jahres die detaillierten Ergebnisse erwartet, ein erster Eindruck ist vielversprechend. Ebenfalls zur Sicherung der Trinkwasserversorgung dient eine zusätzliche Transportleitung zum Ringschluss, die seit langem bestehende Leitung ist schon in die Jahre gekommen und langsam „ausfallsbedroht“. Hier werden wir im nächsten Jahr aktiv daran arbeiten.

Werte GemeindevertreterInnen, während also – wie bereits erwähnt – diese großen Investitionen und Vorhaben unsere ausdrückliche Zustimmung finden, sehen wir den vorliegenden Budgetentwurf und die zugrundeliegende Finanzplanung in anderen Bereichen sehr kritisch.

Die Lustenauer Freiheitliche stehen für:

- eine umsichtige Finanzplanung mit einer klaren und verbindlichen Priorisierung von Großinvestitionen,
- einen langfristigen Abbau der Verbindlichkeiten,
- maßvolle Anpassungen von Gebühren nur wenn nötig (keine Steigerungen von einem Jahr auf das Nächste um 25 % wie bei der Wasserbezugsgebühr)
- eine schlanke Verwaltung,
- sowie sparsames Wirtschaften und keine Verschwendung von Geld des Steuer- und Gebührenzahlers.

Diesen Grundsätzen wird mit dem vorliegenden Budgetentwurf nicht entsprochen. Wir werden dem Budget daher nicht zustimmen, da einerseits für uns wichtige Maßnahmen – wie bereits ausgeführt – im Budget fehlen und auf der anderen Seite Finanzmittel für Dinge vorgesehen sind, die wir so zum jetzigen Zeitpunkt nicht umsetzen würden. Zudem sehen wir keinerlei Reformschritte um die stetig steigenden laufenden Ausgaben zu bremsen.

Die Laufenden Ausgaben steigen höher als die Einnahmen!

Bei geschätzten Steigerungen unserer laufenden Einnahmen von gut 2 % im nächsten Jahr erhöhen sich die laufenden Ausgaben unserer Gemeinde im Vergleich dazu um fast 6 %! Wie unsere Bundesregierung haben wir auch in Lustenau kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem! Doch anstatt den Ausgabensteigerungen zumindest in den Bereichen entgegenzuwirken, die direkt von unserer Gemeinde beeinflusst werden können, kommt es auch in diesen Bereichen ständig zu Steigerungen.

Während Bürgermeister Hans-Dieter Grabher für seine kostengünstige Verwaltung noch vom Rechnungshof gelobt wurde, wird diese von Bürgermeister Fischer immer weiter aufgeblasen, wie auch die geplante Personalaufstockung für 2016 zeigt. Wir haben schon öfters die starken personellen Aufstockungen in der Verwaltung kritisiert und nicht zugestimmt. Als direkte Folge der ständig wachsenden Verwaltung ist nun eine Erweiterung für zusätzliche Büros und Gemeinderäumlichkeiten vorgesehen. Diese wird ja grundsätzlich von allen befürwortet, allerdings erst, wenn die finanziellen Mittel dafür auch vorhanden sind. In Zeiten knapper Finanzmittel über eine Million Euro für neue Verwaltungsräumlichkeiten oder deren Umbau auszugeben, können wir nicht gut heißen! Noch dazu, weil die Umsetzung des Grundsatzbeschlusses zum Umbau des Hauses Kaiser-Franz-Josef-Straße 34 nicht einmal mehr der zuständigen Gemeindevertretung zum Beschluss vorgelegt wurde, sondern einfach im Gemeindevorstand in Teilvergaben „durchgewunken“ wurde - obwohl dies klar in der Gemeindevertretungssitzung anders vereinbart war!

„Finanzplanung ohne Plan“ des Bürgermeisters

Was künftig für Lustenau unbedingt nötig ist, muss sorgfältig erhoben, geplant und abgewägt werden, um zeitgerecht auch über die finanziellen Mittel verfügen zu können! Aus diesem Grund kommt einer vorausschauenden Mittelfristigen Finanzplanung ein solch hoher Stellenwert zu und wurde vom Bürgermeister und jetzigen Finanzreferenten in seiner Oppositionszeit immer vehement verbindlich eingefordert! Dies hat er zwar sicher nicht vergessen, nur hält er sich bisher einfach nicht daran.

Die Mittelfristige Finanzplanung und die darin festgelegte zeitliche Reihung der anstehenden Investitionen ist als verbindlich zu erachten und soll nicht je nach Befindlichkeit einzelner Akteure über „den Haufen geworfen“ werden. Die Betroffenen – sei es im Bildungsbereich oder in anderen Bereichen – müssen sich in Zukunft auf Zusagen verlassen können. Genauso muss nicht finanzierbaren Wünschen von vornherein eine Absage erteilt werden bzw. muss auf einen realistischen Umsetzungstermin verwiesen werden. Die vor kurzem vorgelegte „Mittelfristige Finanzplanung ohne Plan“ des Bürgermeisters wurde daher von uns auch heftig kritisiert. Schon letztes Jahr konnte uns der Bürgermeister nicht erklären, wie die klaffende Lücke von € 16 Mio zwischen geplanten Einnahmen und Ausgaben in den nächsten 5 Jahren zu schließen sein wird. Dieses Jahr müsste er uns schon erklären wie er das – mit den neuesten Zahlen für die kommenden 5 Jahre – bei gut € 40 Mio an Investitionswünschen ohne Bedeckung sinnvoll zu tun gedenkt. Der Bürgermeister ist aber als Finanzreferent für eine ordentliche Finanzplanung und die notwendige Prioritätenreihung der Projekte verantwortlich. Hält sich der Bürgermeister an seine eigene Finanzplanung so würde die Verschuldung unserer Gemeinde in den nächsten Jahren geradezu explodieren. Diese „Finanzplanung ohne Plan“ des Bürgermeisters ist so nicht mehr länger akzeptabel und ist mit ein Hauptgrund wieso wir Freiheitliche dem vorliegenden Budgetentwurf nicht zustimmen können.

Die langjährig gelebte Praxis Großinvestitionen sofort oder in maximal 2 Jahren aus den frei verfügbaren Mitteln zu bezahlen verhinderte eine Überschuldung unserer Gemeinde und die übermäßige Belastung kommender Generationen. Sie ist mit ein Grund warum Lustenau finanziell noch bedeutend besser da steht als viele andere Gemeinden. Diese langfristige vorausschauende – damals von allen Fraktionen mitgetragene – sinnvolle freiheitliche Finanzpolitik verschafft uns heute noch Luft und finanziellen Spielraum, der aber unter Bürgermeister Fischer immer kleiner wird.

Lustenau mit nie da gewesenem Rekordbudget, wie sieht es wirklich aus?

Ein Rekordbudget von fast € 80 Mio, ein gleichbleibender Schuldenstand (?) war am Dienstag schon in den Medien zu hören. Die große Budgetsumme und positive Darstellung einzelner Eckzahlen soll damit scheinbar über die traurige Realität hinweg täuschen: Der vorliegende Budgetentwurf von Bürgermeister Fischer sieht Darlehensaufnahmen von fast € 10 Mio vor und lässt den Schuldenstand der Gemeinde um knapp € 2 Mio auf über € 65 Mio ansteigen! Der echte Schuldenstand der Marktgemeinde Lustenau liegt zudem mit € 75 Mio bedeutend höher und somit bei circa € 10 Mio mehr (bei aktueller Berücksichtigung der bestehenden hohen CHF-Schulden mit dem heute gültigen Kurs). Die hier fast nicht vorhandenen Zinskosten der CHF-Schulden erhöhen die Liquidität des Gemeindehaushaltes beträchtlich und müssten zur Tilgung oder zumindest einem besseren Auskommen mit den dadurch viel höheren frei verfügbaren Geldmitteln der Gemeinde führen. Trotz dieser derzeit günstigen Zinssituation schrumpfen die frei verfügbaren Mittel unter Bürgermeister Fischer von € 5,5 Mio auf nur noch € 3 Mio. Dies sind € 2,5 Mio weniger zur tatsächlichen freien Verfügung unserer Gemeinde als letztes Jahr für nicht auf Schulden aufgebaute Investitionen!

Statt einer Reduktion der Darlehen unserer Gemeinde aufgrund unseres hohen Schuldendienstes kommt es im Budget Voranschlag auch zu einer zusätzlichen Nettoneuverschuldung von fast € 2 Mio. Dies trotz laufenden und sich aber bei diesem Budget so nicht auswirkendem Schuldendienst von über € 5 Mio. Mit dem zusätzlichen Auflösen von Rücklagen und Grundstücksverkäufen ist das Erreichen der Rekordbudgetsumme dann einfacher verständlich. Diese Entwicklung ist sehr kritisch zu sehen. Zumal für uns nur mangelhafte Anstrengungen ersichtlich sind um die laufenden Ausgaben der Gemeinde entsprechend in Zaum zu halten.

Einnahmen nachhaltig steigern

Eine weitere Möglichkeit eine Neuverschuldung geringer zu halten, wäre eine Steigerung der leider zurückgehenden Einnahmen herbeizuführen. Mit der aktiven Betriebsansiedlungspolitik welche Bürgermeister Hans-Dieter Grabher und die Lustenauer Freiheitlichen immer aktiv vorangetrieben haben, konnten mit Unterstützung unserer Unternehmer starke Kommunalsteuereinnahmen generiert werden, die unsere Gemeinde finanziell stärken. Davon profitiert unsere Gemeinde heute noch! Leider scheinen wir im Ranking der 10 wirtschaftsfreundlichsten Gemeinden von Vorarlberg unter Bürgermeister Fischer nicht einmal mehr auf. Es ist Stillstand eingetreten bei der Weiterentwicklung der Betriebsgebiete und Ansiedlung neuer Betriebe. Vielleicht ist es genau dieser Umstand der den Bürgermeister anfänglich sehr euphorisch auf die Ansiedlung eines Möbelgroßmarktes blicken hat lassen. Seine jahrelange Erfolglosigkeit in diesem wichtigen Bereich für Lustenau hätte - aus seiner Sicht - mit einem Schlag weggewischt werden können. Dass eine Ansiedlung eines solchen Verkehrsmagneten mit täglich Tausenden zusätzlichen Fahrzeugbewegungen welche dann noch stärker auf die Haupt- aber auch sämtliche Nebenstraßen "drücken" allerdings katastrophale Auswirkungen auf unsere sich heute schon fast vor dem Verkehrskollaps befindliche Gemeinde hätte, ist ihm offenbar erst jetzt aufgefallen. Für uns Freiheitliche ist eine solche Ansiedlung mit der jetzigen Verkehrssituation undenkbar. Wir hoffen, dass Bürgermeister Fischer hier endgültig zur Vernunft gekommen ist und diesem oder ähnlichen Projekten eine klare Absage erteilt bis auch tatsächlich umgesetzte Verkehrslösungen Lustenau "Luft zum Atmen" lassen. Wir werden aber bei einem späteren Tagesordnungspunkt noch darüber befinden.

Sinn macht es, arbeitsplatzintensive Betriebe in der Gemeinde anzusiedeln mit hohen Kommunalabgaben im Verhältnis zu der verbrauchten kostbaren und nicht vermehrbaren Fläche. Sinn macht es auch, Grundstücke für bereits seit Jahren heimische und wachsende Betriebe bereitzustellen – diese Betriebe haben ihre Standorttreue und den Nutzen für unsere Gemeinde längst bewiesen. Im Betriebsgebiet Heitere warten die hauptsächlich unter freiheitlicher Führung angeschafften und immer noch zu entwickelnden Bodenreserven unter Bürgermeister Fischer seit Jahren auf passende Verwendung. Bedarf daran ist immer gegeben! Diese finanziellen "Schätze" können über langfristig an Betriebe verpachtete Grundstücke und Kommunalsteuern dringend benötigtes Kapital in unsere Gemeindekassen spülen. Die ersten Schritte und Vorbereitungen dazu wurden schon vor Jahrzehnten gemacht, aber seit Bürgermeister Fischer dies übernommen hat "stockt" es. Es reicht nicht aus Grundstücke nur anzupreisen – ohne die Entwicklung und Nutzbarmachung (was immer Bürgermeister-Kernkompetenz und Aufgabe ist!) in die Wege zu leiten. Dies wurde von ihm zu lange unterlassen!

Beim Milleniumspark Lustenau – ein international bekanntes und gelobtes Vorzeigeprojekt der Betriebsentwicklung – wurde es unter freiheitlicher Politik in Lustenau erfolgreich vorgemacht. Von Ansiedlungen in diesem Gebiet profitieren wir heute noch aufgrund der Kommunalsteuereinnahmen an unsere Gemeinde und der bestehenden wertvollen Betriebsgrundstücke. Es gibt im Gewerbegebiet Heitere noch viele Möglichkeiten, nutzen wir diese endlich! Schon viel zu lange liegt dieses im Dornröschenschlaf.

Lassen sie mich in diesem Zusammenhang auch etwas zur geplanten "Heitere – Spange" sagen: Diese sinnvolle Straße, welche zur Erschließung des künftigen Betriebsgebietes Heitere dient, deren Pläne schon seit Jahren nicht umgesetzt in der Schublade vom Bürgermeister liegen, wie auch die vom Land geplante und sich schon auf Schiene befindliche Autobahnabfahrt Rheintal Mitte in Dornbirn Wallenmähd, werden Lustenau nicht vom Durchzugsverkehr entlasten – auch wenn dies offenbar nun teilweise versucht wird, den Lustenauern vorzugaukeln. Uns hilft nichts anderes als eine Entlastungsstraße – sinnvollerweise die Z-Variante. Aber auch hier wurde vom Bürgermeister nur "heiße Luft" produziert – nicht einmal die von ihm im Wahlkampf groß angekündigte und versprochene Volksbefragung wurde von ihm bis jetzt durchgeführt! Reine Versprechungen gab es schon früher mehr als genug! Schon vor langer Zeit wurde auf die damals schon mehrheitlich ÖVP dominierte Landesregierung vertraut. Nicht nur das Betriebsgebiet Nord (es wartet noch heute auf seine einst geplante Verkehrsanbindung zur Autobahn) sondern unsere ganze verkehrsgeplagte Gemeinde wartet dringend auf die längst versprochene Errichtung einer alternativen Transitroute und die damit einhergehende Verlegung des Hauptzollamtes aus unserem Ortsgebiet heraus.

Zentrumsplanungen

Liebe GemeindevertreterInnen, der sparsame und sinnvolle Umgang mit dem Geld der Steuer- und Gebührenzahler stellt weiters einen Grundsatz für uns Lustenauer Freiheitliche dar. Dieser Grundsatz wird laut unserer Auffassung bei den Zentrumsplanungen und –gestaltungen nicht immer befolgt, viel Planung, viel Papier – wenig Umsetzung. Schon seit mehreren Jahren werden im Budget für Zentrumsmaßnahmen € 500.000,- / Jahr reserviert und teils für teure Planungen ausgegeben – aber ohne sichtbare, sinnvolle Resultate. Dabei wäre auch schon mit regelmäßigen Reinigungsmaßnahmen des Blauen Platzes, Austausch von defekten Lampen, Belagssanierungen oder der Verkehrsberuhigung durch eine Begegnungszone am Blauen Platz viel getan.

Nischenöffnungen und Grüngestaltungen in Zwischenräumen wären längst möglich gewesen. Verhandlungen und erfolgreiche Gespräche mit der Firma Sutterlütty zur Erreichung einer Win-Win Situation sollten allerdings an allererster Stelle stehen um auch an den richtigen Stellen des Zentrums neue Ideen und Maßnahmen umzusetzen. Da dieses Gebäude jetzt in die Jahre gekommen ist macht dies wirtschaftlich nun auch eher Sinn für den Eigentümer neue Wege zu gehen – suchen wir eine gemeinsame Lösung.

Seit Jahren fordern wir Freiheitlichen im Zentrum nicht bloß Planungen und Visionen, sondern auch tatsächliche und sinnvolle Maßnahmen. Die vom Bürgermeister gewünschten und initiierten „Begegnungsorte“ wie „Feldhotel“ oder „Gewächshaus“ zählen für uns aber ausdrücklich nicht dazu. Hier wäre es sicher sinnvoll gewesen, diese Projekte vorher in einem oder zwei größeren Ausschüssen breiter zu besprechen und zu diskutieren. Jetzt mit aller Kraft, viel Aufwand und zusätzlichen Kosten diesen künstlich geschaffenen, seltsam anmutenden Gebilden etwas Leben „einzuhauchen“ macht dies auch nicht besser.

Ein paar Worte zum Sport

Nachdem wir unsere nachdrücklichen Forderungen zur Sanierung der Umkleidekabinen und Toilettenanlagen an der Holzstraße letztes Jahr durchsetzen konnten ist jetzt die Gefahr „gebannt“ dass diese historische und beliebte Anlage aufgrund von sanitären Mängeln gesperrt wird. Noch immer gehört für uns ein gemeinsames Fußballnachwuchszentrum mit Kunstrasenplatz und großer Trainingshalle in unser Sportparkareal – nicht wie derzeit geplant an die Peripherie der Gemeinde und auf fremden Boden. Für unsere Jugend nutzbare Plätze müssen über das gesamte Gemeindegebiet verteilt sein, mit dem besten Angebot in der Mitte. Genau wie die Boccciaanlage – welche aufgrund des Baus unseres Feuerwehrhauses verlegt werden muss – nicht zum Sportplatz Wiesenrain, sondern in das Sportparkareal gehört. Hier sind genügend Toiletten und Umkleidekabinen vorhanden, eine Nutzung durch die breite Bevölkerung wäre im Sommer zusätzlich möglich. Ohne ein Gebäude dazu bauen zu müssen reduzieren sich die Kosten dann auf die Hälfte.

Soziales

Betreutes Wohnen, Altern in Würde oder Projekte wie Senioren in die Mitte – dies sind alles Maßnahmen die wir vollumfänglich fördern und unterstützen – dies ist uns wichtig! Da es dieses Jahr bereits zu einigen Fällen gekommen ist, in denen für unsere Bürger kein Pflegeplatz mehr im Seniorenheim Schützengarten vorhanden war, werden wir in der nächsten Generalversammlung der Sozialdienste Lustenau den Antrag stellen, Maßnahmen in die Wege zu leiten, um die 3. Pflegestation eröffnen zu können. Diese wurde ja nicht umsonst vorgesehen, auch die Ausgliederung der Sozialdienste GmbH fand damals nur statt, um einfacher qualifiziertes zusätzliches Pflegepersonal einstellen zu können. Auch lassen sich umfangreichere Einrichtungen wirtschaftliche besser führen und sollten auch allen Bürgerinnen und Bürger bei Bedarf dann zur Verfügung stehen.

Dass wir keine Lustenauer Gemeindeärzte für Totenbeschau oder Zwangseinweisungen haben, die diese Tätigkeit ausüben, finden wir nicht richtig. Diese Aufgabe der Gemeindeärzte wurde letztes Jahr von Dornbirner Ärzten übernommen, jetzt sind wir Teil eines Versuchsprojektes vom Land Vorarlberg welches aufgrund zu großer Gebiete auch schon kritisiert wurde. Wir werden die Entwicklung hier genau im Auge behalten, finden es aber schade, dass nicht noch einmal mit unseren eigenen Ärzten im Ort neu verhandelt wurde – dies hätte für uns Lustenauer Freiheitliche Vorrang.

Danke

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Einen ganz besonderen Dank ergeht an alle ehrenamtlich tätigen Mitbürger in unserer Gemeinde die einen wertvollen Beitrag zu unserem Gemeinwohl leisten, sei es als freiwillige Mitarbeiter beim Roten Kreuz, der Feuerwehr oder in unseren zahlreichen Kultur-, Sport-, Freizeit- und Jugendvereinen. Ein herzlicher Dank allen Lustenauer Unternehmern mit ihren Mitarbeitern, sie leisten einen ganz wesentlichen wertvollen Beitrag zur finanziellen Handlungsfähigkeit unserer Gemeinde. Ein Dankeschön an alle Gemeindebediensteten für ihre geleistete Arbeit mit einem speziellen Dank an den Kommunalverwalter Mag. Klaus Bösch für die Bereitstellung der mustergültigen Unterlagen zur Budgeterstellung. Auch bedanke ich mich bei allen Gemeindevertretern und allen in den Ausschüssen mitarbeitenden Personen. Hin und wieder unterschiedliche Auffassungen kann und wird es immer wieder geben, aber ich bin der Überzeugung: „Der Wille stets das Beste für unsere Heimatgemeinde erreichen zu wollen und die Zukunft von Lustenau aktiv mitzugestalten steht bei uns allen im Vordergrund. Ich wünsche euch allen frohe Weihnachten und „an guoto Rutsch“!“

Gemeinderätin Christine Bösch-Vetter trägt namens der Grünen Lustenau nachstehenden Generaldebattenbeitrag zum Voranschlag 2016 vor:

„Meine Damen und Herren,

wir befinden uns mitten in einer Zeit, in der die Mittel knapper werden, aber im Gegenzug die Aufgaben einer Kommune nicht weniger werden. Wir befinden uns in einer Zeit, in der die Wirtschaft nicht so richtig anspringt, in einer Zeit, in der man sich vor Augen führen muss, dass stetes Wirtschaftswachstum eigentlich ein Ding der Unmöglichkeit ist. Wir erleben gesellschaftliche Veränderungen in allen Bereichen. Die Rahmenbedingungen werden schwieriger. Es gibt Menschen, die damit gut umgehen können und Menschen, die das nicht können. Wir als Gemeindevertreter sind angehalten, alle Menschen in dieser Gemeinde zu vertreten, gute Entscheidungen in ihrem Sinne herbei zu führen. Es muss unser Ziel sein, sowohl budgetär als auch gesellschaftlich mehr Augenmerk auf Stabilität und Nachhaltigkeit zu legen. Mit Köpfchen in Zukunftsbereiche zu investieren, damit wir auch später mit beiden Beinen am Boden stabil stehen können, das wird von uns verlangt.

Der Voranschlag des Jahres 2016 umfasst ein Volumen von beinahe € 80 Mio. Neben den laufenden Kosten für Gehälter, Infrastruktur, etc wird auch investiert. Ein Budget bildet auch immer die Beschlüsse, Vorhaben, die in den Vorjahren erarbeitet wurden, ab. Den ersten Platz unter den Investitionsvorhaben nimmt der von allen Fraktionen im Grundsatz nicht kritisierte Neubau des Feuerwehrhauses ein. Dieses wird in Summe rund € 12,5 Mio kosten, wovon heuer rund € 4,5 Mio zu bezahlen sein werden. Dieser Großbau wird uns also auch im kommenden Jahr budgetär stark beeinflussen. Es ist sehr bedauerlich, dass unserer Forderung, das Bauvorhaben in seiner Dimension zu evaluieren, zu schauen, wie man ohne Qualitätsminderung der Arbeitsbedingungen der Freiwilligen Feuerwehr Einsparungen erzielen könnte, ohne zu schauen, welche Synergien mit der HAK nebenan erreicht werden könnten, nie Gehör gefunden haben.

€ 4 Mio sind für den Kauf von Haus- und Grundbesitz vorgesehen. Wie alle Jahre zuvor investieren wir auch heuer mit rund € 3 Mio eine beträchtliche Summe in den Bereich Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung.

Und mit € 2,8 Mio Baukosten wird der schon sehr lange von uns geforderte und mehr als notwendige Zubau an der Volksschule Rheindorf endlich umgesetzt. Die Sanierung der Villa Bösch im Zentrum als Erweiterungsbau für das Rathaus und eine kindgerechte Gestaltung des gesamten Umfeldes einschließlich des Schulplatzes der Volksschule Kirchdorf haben sich von diesem Jahr in das kommende verzögert – die Hoffnung, dass es aber nach langem Warten am Ende doch noch gut werden soll, besteht.

Wirtschaftsgemeinderat Patrick Wiedl hat es im Rahmen seines Redebeitrages zum Voranschlag 2015 an dieser Stelle sehr treffend formuliert. „Unser Grundsatz, Wirtschaftsgemeinde mit entsprechend hoher Lebensqualität zu sein, vor allem aber bleiben zu wollen, erfordert Augenmaß bei der Einschätzung der aktuellen Situation, noch mehr aber den Fokus in die Zukunft, um eine nachhaltige Gemeindeentwicklung so gut wie möglich sicherzustellen.“ Auch der Bürgermeister hat im vergangenen Jahr an dieser Stelle von der Weiterentwicklung des Bildungs- und Wirtschaftsstandortes geredet und davon, dass die Gemeinde noch lebenswerter und zukunftsfähiger gemacht werden soll. Das dritte Jahr in Folge haben wir die Mittelfristige Finanzplanung der Marktgemeinde mit dem Zusatz *„Die in der mittelfristigen Finanzplanung enthaltenen Bildungsprojekte haben höchste Priorität. Die entsprechenden Entwicklungs- und Planungsprozesse sind mit aller Kraft voranzutreiben. Nach Abschluss der Prozesse sind die Planungen und baulichen Umsetzungen unverzüglich anzugehen. Durch eine klare Priorisierung in den kommenden Budgets sind dafür entsprechende finanzielle Grundlagen zu schaffen.“* zur Kenntnis gekommen. Dieser Zusatz wurde damals hinzugefügt, weil wir mit den Entwicklungen der Bildungsprojekte nicht zufrieden waren.

Gute Verwaltungspolitik, kein Zeichen von Aufbruch

Der vorliegende Voranschlag ist Zeichen einer guten Verwaltungspolitik. Er ist kein Zeichen für Weitblick, Augenmaß und Aufbruch. In den in Sonntagsreden so zentralen Punkten Bildung, Wirtschaft, Zentrum ist von der Qualität der vorliegenden Konzepte und von dem in allen zuständigen Arbeitsgruppen und in der Bevölkerung erwarteten „es tut sich endlich etwas“ wenig bis nichts zu spüren. Das ist sehr schade. Salopp formuliert bräuchten wir dringend ein Konzept für die Umsetzung der vorliegenden Konzepte. Wir Grünen drängen seit vielen Jahren auf mehr und gezielte Investitionen in die Bildung – das hat unter anderem in den Prozess Campus Rotkreuz gemündet. Und ist das Papier fertig, geht nichts mehr weiter. Ähnlich ist es mit dem Zentrum. Jahrelang machen wir und auch die SPÖ Druck, dass man sich endlich auf das Attraktiver-Werden des Zentrums konzentriert. Was folgt ist auch hier ein Prozess – ein gut aufgestellter, lange dauernder und durchaus Kosten verursachender. Und wenn das Papier fertig ist, dann geht nichts mehr weiter. Ähnlich ist es mit dem Kulturleitbild – das ist ein wunderbares Papier mit vielen Vorschlägen. Nur macht man sehr wenig daraus. Ähnlich ist es mit dem Leitbild zusammen.leben. Das Papier ist gelungen. Seit es fertig ist, schläft es ein wenig. Ähnlich ist es mit dem Verkehrskonzept. Das Papier hat Qualität, schläft aber in irgendeiner Schublade. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Unsere Gemeinde ist mit einer über weite Strecken sehr guten und motivierten Verwaltung gesegnet. Die Ideenvielfalt ist groß, der Wille zur Umsetzung auch. Scheitern tut das Meiste am fehlenden Willen und am fehlenden Mut zur Umsetzung in der Mehrheitsfraktion. Kernaufgabe der Politik ist es nicht nur zu repräsentieren, sondern Entscheidungen, die für das Wohlergehen der Gemeinde wichtig sind, zu treffen. Das vorliegende Budget widerspiegelt nicht im ausreichenden Maße aktuell wichtige Handlungsfelder einer Kommune unserer Größe.

Priorität Bildung? Fehlanzeige

Kommen wir zu den einzelnen Handlungsfeldern: Ich will mit dem Bereich Bildung – und dort mit den Jüngsten – beginnen. In Lustenau ist man im Bereich der Kleinkinderbetreuung jahrelang den Weg der Privatinitiativen gegangen. Seit einiger Zeit ist bemerkbar, dass auf der einen Seite keine neuen Angebote dazu kommen und auf der anderen Seite der Bedarf stetig wächst. Schon länger drängen wir darauf, dass die Gemeinde hier endlich selbst als Akteur tätig werden soll. Dieses Drängen ist erst an dem Zeitpunkt auf Gehör gestoßen, als auch die Leiterin der größten Privateinrichtung um einen Einstieg der Gemeinde gebeten hat, weil sie da draußen der Nachfrage nicht mehr Herr werden. Ein paar Zahlen zur Erläuterung. Von den 4- und 5-Jährigen gehen beinahe 100 % in den Kindergarten, von den Dreijährigen besuchen 30 % den Kindergarten und 50 % eine Kinderbildungs- bzw. Betreuungseinrichtung. 60 % der Zweijährigen und 15 % der 0- und 1-Jährigen sind zeitweise in einer Kleinkinderbetreuungseinrichtung. Auf der Warteliste befinden sich derzeit 45 Kinder im Alter von 0-3 Jahren, denen wir keinen Platz anbieten können. Das sind mehr Kinder als in einer durchschnittlichen Kinderbetreuungseinrichtung überhaupt aufgenommen werden können. Und von der Dunkelziffer habe ich hier noch gar nicht geredet. Ich beispielsweise habe unsere jüngste Tochter nicht für den Kindergarten angemeldet, weil es völlig unrealistisch ist, dass ein im Juni geborenes Kind einen Kindergartenplatz ergattert. So geht es vielen anderen auch, die sich dann eben mit Freunden und Verwandten gute und weniger gute Lösungen basteln. Im Herbst 2016 wird das Land die lange geforderte soziale Staffelung im Bereich Kinderbetreuung einführen. Dann erhalten auch gesellschaftliche Gruppen, die sich bisher die zeitweise Betreuung ihrer Kinder in einer Kinderbetreuungseinrichtung nicht leisten konnten, Zugang. Im kommenden Jahr sieht die Situation so aus, dass die Gemeinde willens ist, die durch den Wegzug der Firma Heron wegfallende Kinderbetreuungseinrichtung Löwenzahn und Seidenpfote durch eine neu zu implementierende Einrichtung zu ersetzen. Die Gemeinde ist aber noch nicht willens, den Wartelisten Rechnung zu zollen und an bevorstehende Herausforderungen oder gar einmal Handlungsspielräume wird gar nicht gedacht. Das ist gerade in Anbetracht eines wirklich stattlichen Förderprogrammes von Land und Bund zum Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen völlig unverständlich. Im Voranschlag sind für bauliche Adaptierungen einer Kleinkinderbetreuungseinrichtung € 125.000,- vorgesehen. Von Land und Bund bekommen wir hierfür € 90.000,- refundiert. Günstiger als jetzt wird die Schaffung dieser ohnehin benötigten Plätze nicht mehr. Was den Druck auf die Privatinitiativen erhöht, ist die Tatsache, dass nur 30 % der Dreijährigen Zugang zu einem Kindergartenplatz haben. Auch unsere Kindergärten fahren eigentlich alle im Bereich der Vollauslastung. Am eklatantesten ist es im Hasenfeld. Dort sind im heurigen Budget Mittel für einen Architekturwettbewerb für den Neubau eines zusätzlichen Kindergartens vorgesehen. Das ist sehr begrüßenswert, weil dringend notwendig. Zahlen, an welchem Standort wie viele Plätze in den kommenden Jahren benötigt werden und wie sich das voraussichtlich an Hand der prognostizierten Bautätigkeit weiterentwickeln wird, liegen im Amt schon eine Weile vor. Politisch wird dem nicht Rechnung getragen.

Wir kennen auch die Zahlen aus den Volksschulen. Dort ist es schon lange üblich geworden, dass die Garderobe zeitgleich Arbeitsraum der Kinder ist und dass in jedem erdenklichen Winkel einer Schule Unterricht stattfindet. Im Rheindorf soll mit dem längst überfälligen Zubau ein wenig Luft und Platz entstehen. Aufpassen müssen wir nur, dass der wegfallende Außenraum einen guten, kindgerechten Ersatz findet. Mit der südseitigen Fenstersanierung gehen wir im Kindergarten Brändle in die dritte Bauetappe. Spannend wird, in wie vielen Etappen man dann die westseitigen Fenster noch sanieren wird. Ein bisschen schmunzeln sei uns an dieser Stelle erlaubt. Aber im Ernst:

Ob eine Sanierung in vier oder noch mehr Etappen billiger kommt und für die Nutzer und Nutzerinnen einer Einrichtung besser ist, das würde uns schon interessieren. Auch bei der Schüli im Rheindorf – ein doch schon in die Jahre gekommenes Gebäude – ist kein mittelfristiger Fahrplan erkennbar. Investiert wird in das Gebäude nicht. Ähnlich ist es mit der Bibliothek. Investiert wird in das Gebäude nicht, ein Wasserschaden reiht sich an den Anderen, um den Vorschlag, die Bibliothek ins Zentrum zu bringen, ist es irgendwie still geworden. Das Motto scheint zu lauten „As würd sich dänn schö schüssla“. An die ersten Sitzungen zum Campus Rotkreuz kann ich mich bestens erinnern, weil ich damals mit unserer jüngsten Tochter hochschwanger war. Sie wird ganz sicher Volksschülerin sein, bis die Bagger im Rotkreuz auffahren werden. Es ist jedes Jahr aufs Neue eine Herausforderung, die notwendigen Mittel für den Campus in das Budget und in die mittelfristige Finanzplanung zu bringen. Auch heuer wurde der Budgetansatz wieder halbiert. Ja, es hat ein wenig geholpert im Rotkreuz. Der Lehrkörper hatte inhaltliche und personelle Differenzen. Das macht aber den Raumbedarf nicht kleiner, die Bausubstanz nicht besser und die von der Gemeinde zu erledigenden Hausaufgaben – Neubau oder Sanierung – dieser Standort oder jener – um nur zwei Wesentliche zu nennen, bleiben auch liegen.

Das hat doch mit der viel gepriesenen Priorität für Bildungsprojekte nichts zu tun. Und von der klaren Priorisierung der Budgets, in denen entsprechende Grundlagen zur Realisierung geschaffen werden sollen, spüren wir auch nichts. Und dabei verfügt Lustenau über engagierte Bildungsinitiativen, viele motivierte Menschen, die zum guten Gelingen in der Bildung beitragen wollen, ja sogar unser Bürgermeister gilt in den sozialen Medien als der Bildungsbürgermeister schlechthin. Nur in der Umsetzung überholen uns andere. Hard macht es vor. Hard investiert in diesen Tagen mehr als € 40 Mio in eine gemeinsame Schule der 6-14-Jährigen. Und das, kurz nachdem sie die Wirke – ein Quartier mit Gemeindesaal, Pflegeheim, Kinderbetreuung, Büroflächen, Wohnungen etc – verwirklicht haben. Sie schaffen das auch nur mit enormen Anstrengungen – aber sie investieren mit Verstand. Ich werde nicht müde zu wiederholen, dass Investitionen in die Bildung und Investitionen in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf Investitionen in den Wirtschaftsstandort, aber auch in die Gesellschaft sind.

Luog zeyscht z Luschnou? Fehlanzeige

Womit ich zum nächsten Themenfeld kommen möchte, nämlich dem Themenbereich Wirtschaft. Bereits im Herbst 2011 war fraktionsübergreifend klar, dass man dem Standortmanagement, also dem aktiven Zutun für eine gute Nutzung von bestehenden Betriebsflächen – ich erinnere an den Leerstand im Milleniumpark, aber auch eine gute und zukunftstaugliche Nutzung von unbebauten, aber gewidmeten Flächen, mehr Augenmerk schenken will. Die selbsternannte Wirtschaftspartei ÖVP benötigt sage und schreibe 4,5 Jahre – in denen die Zuständigkeit für den Bereich Wirtschaft stets bei ihnen lag – bis sie € 50.000,- – und das ist ohnehin nur die Hälfte des ursprünglich vorgesehenen Betrages – für ein zeitgemäßes und aktives Standortmanagement in ein Budget bringt. Ich verfolge am Beispiel unseres Betriebes, wie aktiv in Lustenau mit heimischen Betrieben kommuniziert wird, wie ernst man Wirtschaftstreibende nimmt und mit wie viel Strategie man sich der Sache nähert...nämlich kaum. Seit 2,5 Jahren wartet die Firma Lustenauer Senf auf ein Preisangebot für ein konkretes gewidmetes, bebaubares Grundstück, das im Besitz der Gemeinde ist. Und es ist völlig belanglos wie oft und an welchen Partner man sich auf der Gemeinde wendet – die Gespräche sind nett und wertschätzend – Antwort kommt danach keine. Und aus Gesprächen mit anderen Wirtschaftstreibenden weiß ich, dass die Firma Lustenauer Senf nicht die einzige hier ansässige Firma ist, die in dieser Art behandelt wird.

Beispiele sind ein in der Enge ansässiger Lieferant für hiesige Textilbetriebe, der erfolglos versucht ein Betriebsgrundstück zu erwerben, ein nicht zustande gekommener Grundstücksverkauf an einen Elektrobetrieb, dem im Vorfeld nicht geführte Gespräche mit einem Anrainerunternehmen zum Stolperstein geworden sind, ein Messebauspezialist, der sich seit Jahren um einen Standort bemüht, ein großer Arbeitgeber aus Lustenau, der schon im Jahre 2012 einen Architekturwettbewerb für den Neubau in der Heitere durchgeführt hat. Die Liste könnte weiter geführt werden.

Vertröstet wird seit Jahren auf die Heitere. Ja - irgendwann werden dort wertvolle Flächen für Betriebe entstehen - irgendwann wird der Verkauf der bis dann erschlossenen und bebaubaren Grundstücke auch wieder Geld in unsere Gemeindegasse bringen. Aber das wird noch lange dauern. Erst seit Kurzem ist bekannt, dass die Erschließung nun doch durch eine Gemeindegasse erfolgen soll und nicht wie lange gemeint, durch eine Landesstraße. Der große Unterschied ist, dass wir die Kosten für die Straße alleine tragen werden. Und diese Kosten sind nirgends eingeplant. Vorgesehen sind Mittel für die Erschließung des Gebietes mit Wasser- und Abwasserleitungen und Ähnlichem. Man weiß seit Jahren, dass das Gebiet aufgrund der miserablen Bodenverhältnisse mit Schüttungen erst vorbereitet werden muss. Kenner der Verhältnisse rechnen mit 3 Jahren Vorbelastungszeit. Rechnet man die Zeit dazu, die für noch zu kommende Verfahren und eine Bauzeit der Straße benötigt wird, so werden Gewerbetreibende dort vielleicht in optimistisch gerechnet 7 Jahren erste Bauarbeiten vornehmen können. Betriebe, die heute Möglichkeiten zur Weiterentwicklung benötigen und denen man schon seit mehreren Jahren erklärt, dass die Heitere bald baureif werde, können mit diesem Zeithorizont wenig anfangen. Stattdessen werden über die schon heute verfügbaren Flächen Verhandlungen mit schwedischen Möbelhändlern geführt. Vom Slogan „Loug zeyscht z Luschnou“ ist nicht mehr viel übrig. Lustenau - anders als du denkst, trifft wohl eher. Dass für einen Masterplan für das Gebiet Millenniumpark/Heitere ein Grundumlegungskonzept für die Heitere und für die Erstellung einer Strategie für die Weiterentwicklung des Industriegebietes Nord Mittel vorgesehen sind, ist loblich. Schön wäre es, wenn dann bei der ÖVP auch die Umsetzung Lust um sich greifen würde. Die wäre nämlich auch beim Masterplan vom Zentrum gefragt.

Umsetzung im Zentrum? Fehlanzeige

Womit ich beim dritten Themenfeld angelangt wäre. Auf den Prozess unter der Federführung von Marina Hämmerle bin ich vorhin schon eingegangen. Natürlich gilt es jetzt da und dort die Flughöhe noch einmal zu senken und genauer ins Detail zu gehen. Und natürlich wird mit der Sanierung der Villa Bösch und der Neugestaltung des Schulumfeldes im Zentrum investiert. Aber das hat weniger mit dem Zentrum an sich zu tun, sondern viel mehr damit, dass eine Asphaltwüste noch nie ein adäquater Aufenthaltsort für 400 Kinder war - wir haben uns an der Seite von Lehrerinnen und Eltern nun auch lange genug dafür eingesetzt. Und es hat damit zu tun, dass das Rathaus aus allen Nähten platzt. Die Schaffung von Arbeitsraum für die Bildungsabteilung des Rathauses als Bildungs- und Zentrumsinvestition zu verkaufen - wie dies der Bürgermeister versucht - ist so seltsam, als würde man die neu adaptierten Büros für die Tiefbauabteilung im Bauamt als Investition in den Kanal und das Zentrum verbuchen. Es ist eine gute und wichtige Investition in die Arbeitsqualität im Rathaus und in eine gemeindeeigene Immobilie. Aber DAS eindeutige Signal des Aufbruches an den seit Jahren die Stellung haltenden Handel und die Gastronomiebetriebe im Zentrum nehmen wir nicht wahr.

Inwieweit die Förderung des in Bregenz stattfindenden Stickerballes mit € 3000,- unter dem Titel Zentrumsbelegung unserem Zentrum dienlich sein soll, entzieht sich unserer Vorstellungskraft. Vielleicht mag man diese Förderung hin künftig einfach im Bereich der Vereinsförderungen verbuchen.

Mut zu Entscheidungen zeigen derzeit Private. So entsteht auf dem ehemaligen Kronenwä-scheareal durch die Zima ein Wohn- und Geschäftshaus, das Restaurant Azzurra wird wachsen und eine neues Gesicht erhalten und auf und im Umfeld der Bast soll ein Angebot für betreutes Wohnen entstehen. Trauen wir uns doch endlich das Thema Möblierung und Bepflanzung des Kirchplatzes anzugehen, trauen wir uns doch endlich, der Aufenthaltsqualität den Vorrang zu geben. Das sind wir den Marktfahrern, den Gastronomen, den Händlern und den Nutzern längst schuldig. Mit unserer konstruktiven Mitarbeit ist jedenfalls zu rechnen – die Hoffnung stirbt ja bekanntlich zuletzt.

Mit Köpfchen in Zukunftstauglichkeit investieren!

Bernd Bösch und ich waren auch zu konstruktiver Mitarbeit und zu großer Rücksichtnahme auf die budgetären Verhältnisse im Rahmen der Ressortverhandlungen bereit. Im Bereich Umwelt und Energie konzentrieren wir uns bewusst auf Vorhaben, in denen mit relativ wenig Mitteln viel Wirkung in der Bevölkerung erzielt werden kann und auf Bereiche, in denen wir für die Zukunft vorsorgen wollen.

Der pünktlich zum Jahrhundertssommer neu gestaltete Alte Rhein schrieb das Sommermärchen des vergangenen Jahres, ganz sicher wird er auch heuer wieder viele Erholungsuchende erfreuen. An einem anderen Rand des Siedlungsgebietes konnte die Schaffung eines Verweilortes am Wasser noch ins heurige Jahr vorgezogen und noch in diesen Tagen im Bereich der Mündung des Streueriedgrabens in den Neuner verwirklicht werden. Er wird dort schon im Frühling mit ansprechender Möblierung Erholungsuchende und Naturfreunde im Streueried zu einer Rast und zum Innehalten einladen. In der zweiten Jahreshälfte werden wir im Bereich Hofsteig/Streueried auf gemeindeeigenem Grund einen Lückenschluss im Radwegenetz verwirklichen können, die Spielfläche erweitern und auch innerorts einen ansprechenden Zugang zum Wasser schaffen können. Das Thema Wasser wird uns im kommenden Jahr verstärkt begleiten. So will das E5 Team die Fertigstellung des innerörtlichen Kanalnetzes, aber auch die Entwicklungen im Bereich Rhesi zum Anlass nehmen, unser Trinkwasser in den Fokus zu rücken. Gemeinsam mit dem Wasserwerk, der Gemeinde, den Bildungseinrichtungen und den BürgerInnen wollen wir einen bewussteren Umgang mit dieser so wertvollen Ressource propagieren und vorleben.

Ebenfalls um den bewussten und sinnvollen Einsatz von Ressourcen soll es in einem Pilotprojekt des Landes, an dem neben uns noch zwei Kommunen teilnehmen, gehen. Wir werden einen Energiemasterplan erstellen, anhand dessen klar werden soll, wo wir im Ortsgebiet zum Beispiel nutzbare Abwärme oder Potential für ein gemeinsames Nahwärmekraftwerk oder geeignete Dachflächen für Photovoltaik oder ähnliches haben. Wie wertvoll solche Informationen sind, wissen wir seit wir festgestellt haben, dass alleine mit der Abwärme der Eishalle das gesamte Gymnasium beheizt werden könnte. Nachdem man sich vergangenes Wochenende in Paris auf der Weltklimakonferenz auf den schrittweisen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen geeinigt hat, werden auch wir Schritt für Schritt unsere Beiträge dazu leisten. Schon mehrere Jahre gilt die Regel, dass wir die letzten verbliebenen Ölheizungen im gemeindeeigenen Bestand im Schadensfall nicht mehr durch eine neue Ölheizung ersetzen.

Im Bereich des Abfalles wird es Jahr für Jahr schwieriger Sammelstellen zu finden, wiewohl schon die Mehrzahl der Wohnanlagen mit Papiertonnen ausgestattet sind. Wenn andere Kommunen alle Haushalte mit Papiertonnen ausstatten und zum Beispiel Feldkirch sogar eine Windeltonne für Jungfamilien anbieten kann, so ist das mit der Erschließungsstruktur Lustenaus, also dieser Unmenge an Sackgassen, derzeit ein Ding der Unmöglichkeit. Mit einer Rolle Restmüllsäcken im Babypaket der Gemeinde können wir inzwischen den Eltern von Neugeborenen ein kleines, oft zum Schmunzeln anregendes Entgegenkommen anbieten.

Aufgrund des finanziellen Engpasses der Gemeinde mussten bei der Erstellung des Vorschlages auch im Sportbereich schmerzhaft Kürzungen vorgenommen werden. Eine größte Investition ist im kommenden Jahr nur für die durch den Neubau des Feuerwehrhauses notwendig gewordene Verlegung der Bocciaanlage vorgesehen. Im Fußballbereich mussten geplante Investitionen im Reichshofstadion und im Stadion an der Holzstraße zurückgestellt werden. Im kommenden Jahr werden diese Vorhaben in Zusammenarbeit mit den Vereinen optimiert und vorbereitet. Es gibt einen vielversprechenden Ansatz für die Schaffung einer Anlage für den Nachwuchsfußball, die wir dringend benötigen werden, sobald das Projekt Rhesi umgesetzt wird, weil dann die Trainingsplätze im Rheinvorland nicht mehr benützbar sein werden. Auch der große Grundbesitz im und rund um den Sportpark bietet unserer Gemeinde ein riesiges Entwicklungspotential. Ausschließlich in Sportflächen zu denken, wäre hier zu kurz gegriffen und für die Gemeinde wohl auch zu teuer. Der Ansatz, Räume für Bewegung, Beherbergung und Gastronomie, möglicherweise aber auch Wohn- und Geschäftsflächen zu entwickeln, soll im kommenden Jahr professionell weiterverfolgt werden.

Wie in anderen Budgetkapiteln merkt man auch im Verkehr, dass die finanziellen Mittel begrenzt sind und gespart werden muss. Große Straßenbauten werden in nächster Zeit wohl nur dort realisiert werden können, wo sie unbedingt nötig sind, beispielsweise in ein paar Jahren im neu zu schaffenden Industriegebiet Heitere. Auch bei Straßenumbauten werden größtenteils kostengünstige Maßnahmen im Vordergrund stehen müssen. Ausnahmen davon sollten sich in erster Linie auf die Zentrumsachse sowie auf Umbauten zur Erhöhung der Verkehrssicherheit beschränken. Diese eher angespannte finanzielle Situation sollte uns aber nicht dazu verleiten, die Hände in den Schoß zu legen. Es gibt nämlich Maßnahmen, die wenig bis praktisch gar nichts kosten und die Umweltqualität und Sicherheit im Verkehr entscheidend erhöhen können. Dazu zählen verkehrsorganisatorische Maßnahmen, wie die Einrichtung von Tempo 30 Zonen, Fahrradstraßen oder rechts vor links Regelungen. Direkt über der Grenze macht es die Gemeinde Au vor, wie Tempo 30 Zonen mit minimalem baulichem Aufwand errichtet werden können. Die schon eingerichtete Arbeitsgruppe zur Straßenkategorisierung, die auch die oben erwähnten Maßnahmen andenkt, sollte endlich zu einem konkreten, umsetzbaren Konzept kommen, um Lustenaus im Verkehr vor Stillstand zu bewahren und Gott gebe, dass die Mehrheitsfraktion dann auch über den Mut verfügt, es in Taten umzuwandeln.

Bevölkerung schultert Aufgaben rund um Flüchtlinge ausgezeichnet!

Weihnachten steht vor der Tür. In vielen Haushalten stehen Krippen, der Stadel, in dem Jesus geboren wurde, weil seine Eltern auf der Flucht keine andere Herberge fanden. Ich habe schon im vergangenen Jahr auf die geografische Lage Lustenaus an einer EU-Außengrenze hingewiesen.

Es ist ein glücklicher Zufall, dass wir nicht in der Lage anderer an EU-Außengrenzen liegender Kommunen sind. Dessen möge man sich in Demut bewusst sein. Vergangenes Jahr beherbergte Lustenau ganze 3 Asylwerber. Mit viel Druck von unserer Seite, aber auch viel Bereitschaft aus der Bevölkerung, ist es uns und dem Land gelungen, innert eines Jahres Unterkünfte für derzeit rund 140 Flüchtlinge – unabhängig von ihrem Status – zu schaffen. Darunter sind 25 unbegleitete Minderjährige und mehr als 30 Kinder im Alter von 0 bis 18 Jahren in Familienverbänden. Was die Lustenauer Zivilgesellschaft in diesem Jahr geleistet hat, kann sich weit um sehen lassen. Das Sozialkapital in unserer Gemeinde ist ein bemerkenswerter Schatz. In Lustenau lernt man von Anfang an Deutsch. Lange bevor offizielle Kurse in den landesweiten Bildungsinstituten beginnen, werden Männer, Frauen und Kinder von einem großen Team an Freiwilligen unterrichtet, es finden Übungscafés, in denen Hausübungen gemacht werden können ebenso statt, wie Konversationscafés, in denen das so wichtige Praktizieren der deutschen Sprache möglich ist, ja sogar einen Chor haben wir, der sich wöchentlich zum gemeinsamen Musikmachen trifft. Es haben sich Patenfamilien für die hier sesshaft gewordenen Familien gefunden, die ihnen im Dschungel des Alltags zur Seite stehen. Es finden sich viele BürgerInnen, die die Nachbarschaftshilfe der Caritas in Anspruch nehmen und so zumindest in 31 Stunden im Monat für Abwechslung, sinnvolle Betätigung und Austausch im Alltag von Asylwerberinnen und -werbern sorgen. Auch die Vereine leisten ihren Beitrag. Die Spendenbereitschaft der Lustenauerinnen und Lustenauer mit Sach- und Geldspenden ist ungebrochen. Wir sind in der Lage, die Schulkinder und Kindergartenkinder anständig mit gespendeten Schulsachen und Kleidung auszustatten, auch die Pädagoginnen vor Ort leisten Bemerkenswertes. Wo andernorts Flüchtlinge in die Obdachlosigkeit entlassen werden, suchen wir mit Hilfe aller, stets ein warmes Dach über dem Kopf zu finden und sind so zu einem respektierten Partner der Polizei geworden. Die ersten in diesem Jahr nach Lustenau gekommenen Flüchtlinge beginnen am offenen Arbeitsmarkt zu arbeiten. Sie bringen ihre mitgebrachten Fähigkeiten ein. Die Schaffung einer Koordinationsstelle im 50 %-igen Ausmaß auf der Gemeinde war richtig und wichtig, Sie hilft, die vielen Ehrenamtlichen zu koordinieren und wird uns auf Dauer viele Kosten ersparen. Ja, es stehen große Herausforderungen an. Gerade der ohnehin schon lange angespannte Wohnungsmarkt, aber auch der Arbeitsmarkt – um zwei zentrale Bereiche zu nennen, sind mehr als gefordert. Im Budget sehen wir auch dazu keine Ansatzpunkte. Schönreden ist nicht das Gebot der Stunde. Natürlich gilt es auch vorzuleben, wie wir hier in Österreich gewisse Sachen handhaben. Mit Wertekursen alleine wird das nicht zu bewerkstelligen sein. Wir brauchen die Mitarbeit aller. Auch die Mitarbeit der politisch Tätigen, vor allem auch die Mitarbeit der Männer. Denn was die Flüchtlinge hier aktuell sehen, ist – überspitzt gesagt, denn Ausnahmen bestätigen die Regel – dass die Frauen alles managen und die Männer kommen, wenn es nett, gesellig und medienwirksam ist. Ich rege an, dass die Mitglieder der Gemeindevertretung sich gemeinsam mit Geflüchteten beim Umräumen des Spendenlagers von Winterkleidung zu Sommerkleidung im Frühjahr aktiv beteiligen und so ein erstes gemeinsames Zeichen setzen.

Anfang des Jahres wird in der Maria-Theresien-Straße – im ehemaligen Lädili – das neue Mädchencafé eröffnet. Orte, die Mädchen zur Verfügung stehen sind wichtig und gehören in einer Kommune mit unserer Größe zum guten Ton. Ebenso wie Verweilorte ohne Konsumzwang. Dazu gehören auch die beiden im letzten Jahr erbauten Gewächshäuser. Ich bin mir ganz sicher, dass wir auf der einen Seite der Natur noch ein wenig Zeit geben müssen, den Verpackungskünstler zu spielen und auf der anderen Seite müssen wir den Lustenauerinnen und Lustenauern vorzeigen, wie einfach es ist, diesen Raum zu nutzen.

Erste Aktionen wie das Benefizkonzert oder auch die Reihe Vereinsweihnacht zeigen, dass der Platz seine Qualitäten hat und dass ein Ort geschaffen wurde, an dem sich vor allem auch Kinder bei Veranstaltungen wohl fühlen.

Allen Menschen recht getan, ist eine Kunst die niemand kann!

Die Politik des Kurt Fischer ist eine konsensorientierte. Das ist ein schöner Zugang zur Politik. Er schenkt allen ein Ohr – die vielen Prozesse sind ein gutes Beispiel dafür. Man hat das Gefühl, in Lustenau dürfen alle mitreden. Die meisten Vorhaben werden in Einstimmigkeit beschlossen und vorangetrieben. Was aber zunehmend zur Last wird, die Entwicklung unserer Gemeinde hemmt und im Kreise der Umsetzungsverantwortlichen, aber auch unter den in zahlreichen Prozessen engagierten LustenauerInnen zu Frust führt und ein immer größer werdender Hemmschuh darstellt, ist dieses Zaudern und Zögern, sobald aus einer Richtung der Hauch eines Widerstandes kommt. Für diese Fraktion einen Zusatz, für die anderen einen Abänderungsantrag, das ganze wieder retour in die Arbeitsgruppe, zum Planer zur Überarbeitung usw. Es ist völlig normal, dass es bei beinahe jedem Vorhaben Partikularinteressen, Widerstände gibt. Wir haben so viele gute Konzepte vorliegen, in vielen Bereichen sind jetzt einfach Entscheidungen in die eine oder in die andere Richtung gefragt. Es ist nicht nötig, dass immer alle mit allem einverstanden sind. Das ist in keinem Betrieb so, das ist in keiner Familie so. Eine gute Demokratie hält es aus, dass die anderen dann und wann eine andere Meinung vertreten, die Prioritäten anders setzen. Das ist keine Kriegserklärung, das ist kein schiefer Haussegen, das ist einfach ganz normal. Und so zeigen wir uns mit dem vorliegenden Budget nicht einverstanden. Wir fühlen uns gezwungen, darauf hinzuweisen, dass den Zukunftsbereichen zu wenig Rechnung getragen wird und dass längst überfällige Entscheidungen ausstehen. Der Wähler hat die ÖVP mit einer absoluten Mehrheit ausgestattet. Das bringt eine ordentliche Portion Verantwortung mit sich. Von uns verlangt der Wähler Kontrolle, das heißt auf die Punkte zu zeigen, in denen es nicht rund läuft.

Abschließend möchte ich mich bei Mag. Klaus Bösch, stellvertretend für die Verwaltung für das übersichtlich zusammengestellte Zahlenwerk bedanken. Ich danke den Lustenauerinnen und Lustenauern für ihren Einsatz in den Betrieben, den Familien, der wachen Zivilgesellschaft, die uns als Gemeinde Handlungsräume ermöglichen. Euch, lieben Gemeindevertretern und Gemeindevertreterinnen sage ich danke für das lange und aufmerksame Zuhören und wünsche euch erholsame Tage im Kreise eurer Lieben!"

Gemeindevertreter Dr. Walter Bösch trägt namens der SPÖ Lustenau nachstehenden Generaldebattenbeitrag zum Voranschlag 2016 vor:

„Sehr geehrte Damen und Herren !

Die Erstellung und der Vollzug des Budgets 2016 finden unter finanziellen Voraussetzungen statt, die es den Gemeinden nicht einfach machen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Sie finden aber auch politische Rahmenbedingungen vor, die unsere Gesellschaft noch vor große Herausforderungen stellen werden.

Klimakonferenz mit weltweitem Fahrplan zur Abwendung der globalen Gefahr

Eines der großen globalen Probleme ist der Klimawandel, der immer stärker sichtbar wird und auch immer gravierendere Folgen zeigt.

Er hat seine Ursache in dem seit der Industrialisierung steigenden Verbrauch an fossiler Energie in den Bereichen Industrie, Heizung, Verkehr und einer weltweit viel zu großen Fleischproduktion, die bereits rund 30 % der klimaschädlichen Gase verursacht. Auch in Europa ist die Situation bereits so weit fortgeschritten, dass man für unsere Lebensweise bereits drei Planeten benötigen würde, um ein nachhaltiges Gleichgewicht sichern zu können. Erklärtes Ziel ist es, die Steigerung der Treibhausgase gegenüber der vorindustriellen Zeit auf 2 % bzw. 1,5 % zu begrenzen. Dieses Ziel kann überhaupt nur dann erreicht werden, wenn sich sowohl jeder einzelne als auch jede Regierung für die Erreichung dieses Ziels verantwortlich fühlen. Auch Land und Gemeinde müssen entsprechende Maßnahmen setzen. Regional und global ist der motorisierte Individualverkehr einer der stärksten Verursacher von CO₂. Laut Vorarlberger Klimaplan verursachte er in Vorarlberg im Jahre 2013 über 720.000 t CO₂, Tendenz weiter steigend. Laut Vorarlberger Klimaschutzzielen dürfte der Wert allerdings nur bei rund 550.000 t CO₂ liegen. In den Bereichen Industrie, Gebäude und Wärme konnten die Ziele bislang grosso modo erreicht werden. Allein der weiterhin ungebremste motorisierte Individualverkehr wird sohin die Erreichung der Klimaschutzziele in Vorarlberg verunmöglichen. Wie das mit der bekannten Straßenbaupolitik der derzeitigen Koalitionsregierung in Bregenz in Einklang zu bringen ist, bleibt deren Geheimnis. Wird jedenfalls die Klimaproblematik ernst genommen, ist der öffentliche Verkehr attraktiver zu gestalten und der motorisierte Individualverkehr wesentlich einzudämmen. Die globale Klimaschutz-Verpflichtung fordert auch von Österreich, von Vorarlberg und auch von Lustenau ein rasches, je spezielles Klimaschutzkonzept des Handelns, das alle Ressorts umfasst.

TTIP – Abkommen als massive Gefahr für unsere Umweltschutz-, Sozial- und Arbeitsgesetze

Eines der am heftigsten umstrittenen Themen in den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP zwischen EU und USA ist das Konzernprivileg, das heißt dass Staaten unter Umgehung nationaler Gerichte unmittelbar vor einem privaten ad-hoc Schiedsgericht verklagt werden können. Ging es früher um den Schutz vor staatlicher Willkür durch Enteignung, so geht es heute vor allem unter amerikanischen Einfluss gegen neue Umwelt- und Gesundheitsgesetze. Da die privaten Schiedsgerichtsverfahren sehr investorenfreundlich sind, kann es zu einer massiven Klagewelle gegen neue Umweltschutzbestimmungen und gegen demokratische politische Entscheidungen kommen – zu bedenken ist auch die Vorgangsweise amerikanischer Anwälte. Die öffentliche Wahrnehmung über die Verhandlungen zum TTIP ist so verheerend, dass die EU-Kommission mit einer massiven Ablehnung konfrontiert ist.

Maßnahmen gegen TTIP sind massiv zu forcieren, denn es darf doch nicht soweit kommen, dass enorme Schadenersatzforderungen zulasten von Rechtsstaatlichkeit, von Umwelt und Menschenrechten und zugunsten multinationaler Konzerne Platz greifen. Ein derartiges Abkommen ist abzulehnen, weil wir bereits ein gut funktionierendes Rechtssystem mit weitreichendem Eigentumsschutz besitzen, die Rechte der nationalen Parlamente massiv eingeschränkt würden, staatliche Gesundheits- und Umweltschutzgesetze kaum mehr auf den Weg gebracht werden könnten und eine Privatisierung der Gerichtsbarkeit aus rechtsstaatlichen Gründen grundsätzlich abzulehnen ist. Wir dürfen uns keinesfalls in die Abhängigkeit privater Schiedsgerichte begeben. Die EU-Kommission sollte sich generell vermehrt den Interessen der Bürger statt den globalisierten Konzernen zuwenden, um eine weitere Erosion ihres Ansehens zu verhindern.

Umgang mit Flüchtlingen muss moralisch vertretbar aber auch staatspolitisch tragbar sein

Die nicht abreißende Fluchtbewegung ist einerseits die Folge von Kriegsgräueln und andererseits die Folge miserabler wirtschaftlicher Verhältnisse. Die Hilfsorganisationen haben in den letzten Monaten die humanitäre Situation in bewundernswerter Weise geregelt, wofür ihnen der Dank der Gesellschaft gebührt. Damit stehen die westlichen Aufnahmestaaten aber erst am Anfang der Problemkette. Der Umfang und die unkontrollierte Art der Fluchtbewegung von 1,5 Mio Flüchtlingen in Europa stellt nämlich sowohl die Sozialstrukturen wie Bildungssystem, Arbeitsmarkt, Wohnungsbereich, aber vor allem die Sicherheitsstruktur vor sehr große Schwierigkeiten. Die Hilfskapazitäten wurden angesichts der persönlichen Not der Flüchtlinge gerne bereitgestellt, sie stehen aber nicht unbegrenzt zur Verfügung. Die öffentliche Diskussion über Folgen und Grenzen wird vermutlich noch lange geführt werden, sie sollte aber jedenfalls seriös und vor allem ganzheitlich sein.

Der Staat als Garant für Schutz und Einhaltung der Grundrechte

Die freien Gesellschaften der westlichen Länder – offensichtlich erklärtes Ziel der Flüchtlinge – gründen auf deren Staatsverfassungen samt den europäischen Grund- und Freiheitsrechten. Diese gelten für alle auf den jeweiligen Staatsgebieten befindlichen Personen – unabhängig von religiösen Vorstellungen – und sie sind nicht verhandelbar. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Recht auf Bildung, Errungenschaften der Aufklärung, Gleichheit von Mann und Frau sind Grundrechte, die auch im Alltag zu beachten sind und dort vom Kindergarten bis zum Arbeitsplatz für alle gelten. Es sind Voraussetzungen einer gelingenden Integration, die über eine bloße Zuwanderung hinausgeht. Wir müssen verhindern, dass unsere Werte der Toleranz, Emanzipation und Demokratie als uninteressant oder gar als Schwäche angesehen werden. Es gibt in Österreich keine andere Rechtsordnung als die staatlichen Gesetze und Aufklärung und Menschenrechte sind die Grundlage unserer Gesellschaft. Jede erfolgreiche Integrationspolitik muss auch schlüssig die Frage beantworten, wie wir mit allfälligen anderen Vorstellungen zu unserer Gesellschaft umgehen.

Das Bundesbudget und seine Lasten

Der Milliardenaufwand für eine ehemalige Bank, die zunehmende Arbeitslosigkeit in einer mittelmäßigen Konjunktursituation, die steigenden Kosten der Flüchtlingskrise, die grundlegende Steuerreform mit Unsicherheiten über die Gegenfinanzierung sind laut Fiskalrat die wichtigsten Kennzahlen der budgetären Lage des Bundes. Die Verbesserung der demografischen Entwicklung durch Migration kann nur dann einigermaßen realisiert werden, wenn eine möglichst rasche Integration in den Arbeitsmarkt stattfindet. Eine neue finanzielle Herausforderung ist die Flüchtlingsproblematik mit veranschlagten Kosten von € 2,7 Mrd von 2015– 2017 jedenfalls. Die größere Belastung sind allerdings die Banken. Ohne Bankenpakete betrüge die Verschuldungsquote 74,8 % des BIP, mit Bankenhilfe 85,3 %. Allein die Bad Bank Heta – siehe Hypo Alpe Adria – belastet die Staatsschulden aktuell mit € 20 Mrd, für Arbeitslosengeld und Notstandshilfe fallen im kommenden Jahr € 5,9 Mrd an.

Angespannte Struktur des Lustenauer Budgets

Der Umfang des Budgets 2016 weist mit € 79,2 Mio einen neuen Rekordwert auf. Nach außen mag es als prosperierendes Budget erscheinen. Die innere Struktur zeigt jedoch gravierende finanzielle Engpässe, die den Handlungsspielraum sehr stark einengen.

Ein zentraler Faktor jedes Gemeindehaushalts sind die gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die im kommenden Jahr als Folge der Steuerreform um 2,1 % auf € 21,1 Mio sinken werden, wobei mit einem weiteren Rückgang in den Folgejahren zu rechnen ist. Bezeichnenderweise werden nur die von der Gemeinde eingehobenen Gebühren um über 5 % steigen. Wenn auch Gebührenerhöhungen derzeit noch zu funktionieren scheinen, wird sehr bald aus sozialen Gründen nicht mehr so leicht an dieser Schraube gedreht werden können. Die jüngste Lohnstatistik zeigt nämlich ein besonders für Frauen bedenkliches Lohnniveau. Vielleicht sollten einige Mandatäre bei ihrer abwertenden Stellungnahme zur Qualität von Arbeitsplätzen etwas mehr die Lebenswirklichkeit großer Bevölkerungsgruppen in unserer Gemeinde berücksichtigen. Auch Lebenserfahrung wäre ein wichtiges Attribut für politische Arbeit.

Die laufenden Einnahmen der Gemeinde steigen jährlich um rund € 1 Mio. Es stehen ihnen allerdings eine jährliche Steigerung bei den Ausgaben von € 2 Mio gegenüber. Im Rechnungsabschluss 2014 lagen die Einnahmen noch um rund 17 % über den Ausgaben, im Voranschlag sind es noch 11,4 % . Die frei verfügbaren Mittel sinken jährlich um rund € 1 Mio und liegen im Voranschlag 2016 nun bei rund € 3 Mio. Wenn diese Kurve ihren Sinkflug beibehält, wird sie im Jahre 2020 statistisch den Nullpunkt erreichen, der Gemeindehaushalt sohin über keine frei verfügbaren Mittel mehr verfügen können. Wenn die rückläufigen Steuereinnahmen aufgrund der Steuerreform des Bundes berücksichtigt werden, so wird dies zu jenem Zeitpunkt sein, an dem auch die Gestaltung des Ortszentrums in der Intensivphase sein müsste, wobei diese Situation durch bisherige massive Versäumnisse in unserer Gemeinde herbeigeführt wurde.

Schuldenstand mit Sprengkraft

Die Zahlungsverpflichtungen der Gemeinde aus Darlehen und Leasing betragen im Haushaltsjahr 2016 rund € 65,5 Mio, die Neuverschuldung beläuft sich auf € 1,8 Mio. Was auf den ersten Blick noch als relativ ruhiges Fahrwasser erscheint, kann sehr trügerisch sein, wenn „Frankfurt“ den währungspolitischen Hebel umlegt und die derzeit historisch niedrigen EURO-Zinsen auf ein nur durchschnittliches Maß ansteigen. Der hohe Anteil an Frankenkrediten stellt ein weiteres millionenschweres Gefahrenpotential dar. Die steigende Schuldenlast würde die Erreichung vieler Ziele zusätzlich erschweren. Zudem schwächt auch die Kommunalsteuer als wichtige eigene Steuereinnahme der Gemeinde und Besserung ist nicht in Sicht, vor allem wenn beispielsweise das eigenartige politische Verhalten einzelner lautstarker Akteure bei der geplanten Ansiedlung von IKEA in Betracht gezogen wird.

Sozialtransfers an das Land nähern sich der 10-Millionengrenze

Die Zahlungsverpflichtungen Lustenaus für den Sozialfonds, Spitalfonds und die Beiträge an die Krankenanstalten zeigen sich an nachstehenden Zahlen:

Voranschlag 2015	€	8,949.600,-
Voranschlag 2016	€	9,399.200,-

Diese Ausgabengruppe ist für den Gemeindehaushalt wegen ihrer dynamischen Entwicklung besonders unberechenbar. Die genannten Kosten werden einerseits von der Bevölkerungsentwicklung, den Arzt- und Spitalskosten, dem medizinischen Fortschritt und dem Heilmittelsektor bestimmt. Sie können daher realistischer Weise nicht anders als stark steigen.

Inwieweit eine sogenannte Spitals- und Gesundheitsreform Erleichterung schaffen kann, ist eine jahrelange Diskussion, die auch ein Nachdenken über den Lebensstil insgesamt umfassen müsste.

Umdenken bei der Budgetgestaltung

Das ständige Anwachsen der Ausgabenblöcke und das Sinken der frei verfügbaren Mittel erfordern ein grundsätzliches Überdenken der Budgetgestaltung. Eine zielgerichtete Gemeindeentwicklungspolitik ist andernfalls nur mehr schwer möglich, bzw. allein vom Zufallsprinzip geprägt. Die bisherige Vorgangsweise, nach der zwar eine mittelfristige Finanzplanung in sehr aufwendiger Weise erstellt wird, bei der konkreten Budgeterstellung aber nach tagespolitischen Erfordernissen vorgegangen wird, kann dem Ziel einer modernen aufgabenorientierten Gemeindeentwicklungspolitik nicht mehr in ausreichendem Maße Rechnung tragen. Vor allem der Kürzungsmarathon am Ende der Beratungen, die alle im Gemeindevorstand durchgeführt werden, hat eigentlich nur mehr eine numerische Gleichstellung von Einnahmen und Ausgaben zum Ziel. Eine Schwerpunktsetzung ist darin jedenfalls für einen Außenstehenden nicht mehr erkennbar und wird auch nicht nach außen kommuniziert. Eine erfolgreiche Gemeindeentwicklungspolitik setzt aber gerade unter den finanziellen Rahmenbedingungen der Zukunft Schwerpunktsetzungen voraus. In der konkreten Lustenauer Situation sind es die Schwerpunkte Gestaltung des Ortszentrums, der Bereich Wohnen, Bildung, Öffentliche Räume, Verkehrsgestaltung, wirtschaftliche Entwicklung, Stärkung der Kaufkraft. Die genannten Zielsetzungen stehen nicht isoliert im Raum, sondern bedingen sich in vielen Bereichen gegenseitig.

Faktischer Stillstand im Ortszentrum

Der praktische Stillstand im Ortszentrum ist ein Brennpunkt der ungenügenden Entwicklung unserer Gemeinde. Die bisherige Unmöglichkeit, ein echtes tragfähiges Entwicklungskonzept mit konkreten Zielsetzungen und Baumaßnahmen zu beschließen, hat Auswirkungen auf die Attraktivität der Gemeinde und bedingt eine Kaufkraftabwanderung, die ihresgleichen sucht. Es fehlen damit Geschäfte, die andernorts selbstverständlich sind. Auch der relativ große Ortsteil Rheindorf wird immer mehr von Geschäften und öffentlicher Infrastruktur entleert. Die diskutierte Fußgänger- und Radfahrbrücke über den Rhein könnte für das Rheindorf ein wertvoller Anstoß für eine positive Entwicklung sein. Im Ortszentrum fehlt seit Jahrzehnten die Fußgängerzone, die einen entscheidenden Belebungsfaktor für ein Ortszentrum darstellt. Statt dessen kreisen laufend Studien, Projekte, Planungsvorhaben und Papiere aller Art wie in einer virtuellen Welt. Die metallenen hilflosen Behübschungsexperimente im zentrumsnahen Bereich können sicher kein zweckdienlicher Anfang sein. Ich stelle mir seit Jahren die Frage, warum gelingen die ansprechenden und erfolgreichen Ortszentrumsprojekte nur in den Nachbargemeinden wie Götzis oder Höchst; Dornbirn brauche ich gar nicht erst zu erwähnen. In Höchst befindet sich übrigens neben den anderen Zentrumsfunktionen auch ein Kinder- und Bildungscampus, der die heutige Auffassung von gesellschaftlichem Mittelpunkt widerspiegelt.

Bildungs- und Betreuungseinrichtungen müssen gestärkt werden.

Die Gemeinde Lustenau erklärt zu Recht den Sektor Bildung zu einem ihrer Schwerpunkte und unternimmt auch große Anstrengungen um diesem Ziel gerecht zu werden. Der auf die Gemeinden entfallende Aufgabenbereich wird dabei immer größer.

Die gesellschaftlichen Veränderungen, die zahlreichen aus anderen Sprach- und Kulturkreisen stammenden Kinder machen die Frühpädagogik zu einem zentralen Element der Bildungspolitik. Gerade hier ist die Gemeinde als „Schulerhalter“ – wie die jährlichen Budgetzahlen zeigen – sowohl in finanzieller als auch in personeller Hinsicht in besonderem Maße gefordert. Ein Problemfeld sind noch die zum Teil fehlenden Betreuungsplätze für unter-3-Jährige. Gerade in diesem Bereich leisten die privaten Einrichtungen sehr gute Arbeit, ihre Kapazitäten sind allerdings begrenzt. Durch die Schließung einer Kinderbetreuungseinrichtung im kommenden Jahr wird sich der Mangel weiter verschärfen und die Warteliste verlängern. Die öffentliche Hand muss sich daher verstärkt und sehr rasch dieser Aufgabe annehmen um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen entscheidend zu verbessern, um damit auch die Frauenarmut in unserem Land zu vermindern.

Zu einem kritischen Bereich entwickelt sich offenbar der geplante Bildungscampus „Rotkreuz“ in dem das Prinzip des gemeinsamen Lernens der verschiedenen Schulstufen und –bereiche praktiziert werden sollte. Die Gemeinde muss den Bildungscampus Rotkreuz zu einem der Schwerpunkte der Gemeindepolitik erklären und dies auch durch eine zeitnahe ausreichende finanzielle Dotierung zum Ausdruck bringen. Es handelt sich um ein zukunftsorientiertes Projekt, für das es bereits an vielen Orten erfolgreiche Vorbilder gibt.

Sozialer Umgang und offene Räume sind Teil des Bildungserfolges

In Vorarlberg besteht derzeit eine sehr gute Versorgung mit Plätzen in Ganztageseschulen. Ein Zurückweichen in dieser Entwicklung in gegenwärtigen und zukünftigen Lustenauer Schulen kann nicht Gegenstand ernsthafter Überlegungen sein. Dies hätte unmittelbar nachteilige Folgen für die Schulkinder. Mit der Art ihrer Schulbauten bestimmt die Gemeinde auch über die Art des Lernens und des Umgangs der Kinder miteinander und mit Architektur gestalten wir auch das Empfinden der Kinder und die Art des Raumes gestaltet auch deren Bewusstsein. Die innere Organisation des Schulwesens – die in Bundeskompetenz liegt – hat zwar noch einen weiten Weg vor sich, und den bekannten 15 % der Modellregionen für die Gemeinsame Schule kommt eine sehr ambivalente Wirkung zu. Während ein Großteil darin wieder ein radikalkonservatives Bremsmanöver erblickt, kann man darin auch „einen Fuß in der Türe“ sehen, „die sich nicht mehr schließen lässt“ und ein „Abbiegemanöver ins 19. Jahrhundert“, wie es sich Vertreter einer Lehrergruppe vorstellen, werde es ohnehin nicht geben.

Wer von Modellregionen spricht, muss solche auch wollen, wobei ein 15 %-Splitting in unserem kleinen Land keine wirkliche Option darstellt. Ob die FPÖ für oder gegen eine Modellregion ist, scheint derzeit noch offen. Im Hinblick auf die notwendige und vorhersehbare Entwicklung sollte jedenfalls die Gemeinde einen als richtig erkannten Weg fortsetzen und trotz aller Schwierigkeiten die besonnenen Kräfte unterstützen. Man setzt sich damit nicht unbedingt an die Spitze der Bewegung, aber man versteht immerhin die Zeichen der Zeit.

Wohnen und Aufenthalt als steigender Kostenfaktor

Die bislang angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt wird durch den Bevölkerungszuwachs, die steigenden Preise bei einem in Vorarlberg kaum steigenden Lohnniveau weiter verschärft. Hierzu kommen mit den Flüchtlingen neue „Mitbewerber“ auf den Wohnungsmarkt und zwar auf dessen schon knappes preisgünstiges Segment.

Die sich daraus ergebende „zivile“ Raumordnung besteht darin, dass die Baugesellschaften immer und überall Wohnanlagen hochziehen. Deren Freiflächen und Kinderspielplätze bestehen aus einer Schaukel mit Zusatzgerät und einem Mindestmaß an Sandkiste. Die übrige Infrastruktur, seien es öffentliche Kinderspielplätze oder Kinderbetreuungseinrichtungen verbleibt weitgehend öffentliches Aufgabengebiet. Dies ist für unsere Gemeinde besonders kostenintensiv, da sich Lustenau immer mehr als Wohngemeinde entwickelt, während die Arbeitsstellen – zum Teil weil hier nicht gewünscht – in den Nachbargemeinden entstehen.

IKEA – wichtiger Standortfaktor oder Opfer politischer Querelen

Eines darf als sicher vorausgesetzt werden. Die Lustenauer Diskussion über eine Ansiedlung von IKEA würde in jeder anderen Gemeinde nur mit Kopfschütteln verfolgt. Aber es ist eben leider nicht der erste Fall solchen Verhaltens in unseren Gefilden. Bekannt dürfte auch sein, dass der Vorschlag, IKEA in Lustenau anzusiedeln, von der Vorarlberger Landesregierung bzw. deren Abteilung Raumordnung stammt. Bei IKEA handelt es sich um ein international renommiertes Unternehmen, um dessen Ansiedlung sich praktisch jede österreichische Gemeinde bemühen würde. Einen neuen lukrativen Standort wird es in Memmingen geben, der Standort Innsbruck wurde massiv ausgebaut. IKEA würde den Lustenauer Markt etwas kleiner konzipieren, auf Gestaltungswünsche eingehen, einen großen Grünbereich und einen entsprechenden Kommunikationsbereich schaffen. Es würden weit über 100 neue Arbeitsplätze geschaffen und zwar auch für jene Bevölkerungsteile, die nicht ein IT-Studium absolvieren konnten und ebenfalls dringend auf Arbeitsplätze angewiesen sind. Und angesichts der klammen Finanzsituation unserer Gemeinde wäre ein deutliches Mehr an Kommunalsteuer sehr zweckdienlich. Soll denn dieses zermürende Tauziehen um IKEA damit enden, dass IKEA, wie schon andere Großfirmen, Lustenau den Rücken kehrt? Und sollen denn Lustenauerinnen und Lustenauer weiterhin für ihre Möbelkäufe nach St. Gallen, Ulm, Lauterach oder Dornbirn fahren müssen und unsere Kaufkraft weiterhin in diese Orte abwandern? Und auf die Zentrumsgestaltung in Lustenau hat ein Ja oder Nein zu IKEA keinen Einfluss – dieses Zentrum braucht dringend eigene Impulse!

Lustenau als Musterschüler und Prügelknabe

Die herangezogene Verkehrssituation als Verzögerungsargument für IKEA ist von der typisch Lustenauer Situation in diesem Raum geprägt, die zum Großteil nicht von der einheimischen Bevölkerung verursacht wird. Es sind die schweren Versäumnisse anderer, die uns in diese Verkehrssituation brachten. Diesen uns aufgezwungenen Verkehr als Blockade einer Geschäftsansiedlung in unserem Gemeindegebiet zu benützen, ist in hohem Maß unseriös. Wir müssen vielmehr darauf drängen, dass der internationale Transitverkehr, der unser Ortsgebiet seit Jahrzehnten ungebremst überrollt und nicht in ein Wohngebiet gehört, auf andere Übergänge verteilt wird. Im unmittelbaren Nahbereich des neuen Marktes sind vom Land verkehrsertüchtigende Maßnahmen vor allem auch im Bereich des öffentlichen Verkehrs zu ergreifen, damit neu entstehender Verkehr in das bereits bestehende Verkehrsaufkommen integriert werden kann.

Denn, meine Damen und Herren, es wissen alle, dass uns am Ende des Tages der Verkehr immer bleibt, unabhängig ob IKEA in Lustenau oder Dornbirn stehen wird. Und meine Damen und Herren, welche Kommune hat in einer vergleichbaren Situation jemals bei „Rheintal Mitte“ oder „Vision Rheintal“ angefragt, was sie tun soll. Dies macht nur Lustenau als landesweiter Musterschüler und Prügelknabe, mit dem alle zufrieden sind.

Verkehrsgestaltung als örtlicher Wildwuchs

Das Lustenauer Verkehrssystem funktioniert schon seit langem nach dem Grundsatz „jeder fahre wo er will“. Ein besonders intensives Beispiel ist die obere Maria-Theresien-Straße als ‚Begegnungszone‘ der besonderen Art. Sie ist ein Lehrstück in Echtzeit, wie ein ungebrems-ter Verkehr in einem zentrumsnahen Bereich jede Aufenthaltskultur zerstört, bzw gar nicht entstehen lässt. Es gibt bislang keinerlei Bemühungen, diesen Zustand zu verbessern. Natürlich ist es ein hartes politisches Brot, Anrainer von möglichen verkehrstechnischen Änderungen zu überzeugen, aber es gibt bereits eine Reihe von Beispielen, wie dies gelingen kann. Einfach eine Straße zu sperren und zu warten, was passiert, ist natürlich zu wenig. In der Verkehrspolitik ist eine besondere Art des Konsenses notwendig, der nicht von der all-gemeinen Zustimmung aller ausgehen kann, sondern von der Schwerpunktsetzung die ein-gehend in der Öffentlichkeit zu diskutieren ist und dem Gemeinwohl zugute kommen muss.

Neue Verkehrsplanung über die Grenzen

Unser massives, seit Jahrzehnten andauerndes Verkehrsproblem an der Schweizer Grenze erfährt voraussichtlich im Sommer durch die Brückensanierung eine rund 2-monatige technische Unterbrechung und offenbar schafft die Technik, was die Politik in 30 Jahren nicht zustande brachte. Es wird zu jener Auffächerung kommen, die bisher trotz dutzender Forderungen und Anträgen aus Lustenau laufend abgelehnt wurde. Nach der Brückensanie-rung kommt allerdings für die Lustenauer Gemeindepolitik die entscheidende Herausforde-rung. Fällt das Vorarlberger Zwangssystem wieder in den alten Modus zurück: alles über Lustenau oder wird die Auffächerung als Teil einer Vernunftlösung weiterbestehen. Wird es auch möglich sein, das Phantom der Z-Variante ihrem ohnehin vorbestimmten bürokrati-schen Schicksal zu überlassen und zu einer neuen realistischen Verkehrslösung im Rahmen des Verkehrsplanungsprozesses Mittleres Rheintal zu finden. Ziel dieser Arbeitsgruppe, be-stehend aus Vertretern Vorarlbergs und des Kantons St. Gallen ist unter anderem die Errich-tung einer neuen rasch realisierbaren Verbindung zwischen den Autobahnen. Die Schweizer Vertreter beklagen sich jedoch, dass Vorarlberg kein nennenswertes Interesse zeige, sodass sie gezwungen seien, eigene Lösungen zu suchen. Die Ursache des Vorarlberger Desinteres-ses dürfte darin liegen, dass in den Bestrebungen der Schweizer eine Konkurrenz für die S-18 befürchtet wird. Die Frage ist, ob nicht dadurch eine neue Entwicklung einfach am Lus-tenauer Rathaus vorbeizieht und es wieder einmal zu spät sein könnte. Jedenfalls müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden um für Lustenau mit mutigen Gedanken eine ra-sche und tragbare Lösung zu finden. Wie sagte schon Henry Kissinger: *„Ein Politiker braucht Visionen und Mut“*.

Rhesi als zwingend notwendiges Hochwasserschutzprojekt

Das seit Jahren diskutierte Projekt soll dem Schutz vor einem 300-jährigen Hochwasser dienen und ist angesichts der Bevölkerungsdichte beiderseits des Rheins, der ungeheuren Sachwerte im Bereich Industrie, Gewerbe und Wohnsiedlungen und zu erwartenden Klima-extremen eine für unseren Siedlungsraum lebenswichtige Aufgabe, die nicht durch Ein-zelinteressen durchlöchert oder abgeschwächt werden darf. Das Gefahrenpotential ist viel zu groß, um es nach dem Stil von Gruppeninteressen abhandeln zu können. Die Internatio-nale Rheinregulierung ist aufgefordert, das Projekt möglichst rasch so zu planen und durchzuführen, sodass im Rheintal ein maximaler Schutz vor Hochwasser gesichert ist. Das Projekt Rhesi sichert nicht nur unseren sensiblen Lebensraum, sondern gibt den Rheintal-bewohnern auch einen wertvollen Naherholungsraum zurück.

Energie und Mut für Lustenaus Chancen

Zum wiederholten Mal sei auf Lustenaus Chancen verwiesen, die politischen Weitblick, Energie und Mut erfordern. Neben dem Zentrum mit Fußgängerzone und Investorenanreizen ist zudem endlich Augenmerk auf die Verkehrseindämmung zu legen, auf eine kurze Verbindung zwischen den Autobahnen im Raum Mäder/Diepoldsau, Augenmerk auf die Bildungsoffensive, auf den Bahnhof Lustenau mit einer attraktiven Anbindung an den Ort, auf interessante Handelsgeschäfte wie IKEA, auf Jahrhundertprojekte wie Rhesi, auf vermehrte Bio-Standards im Gemeindegebiet, allen voran im Gutshof Heidensand sowie auf eine ansprechende Gestaltung des öffentlichen Raumes als Visitenkarte für unser Ortsbild.

Meine Damen und Herren ! Wenn ich die Entwicklung unserer Gemeinde über Jahre betrachte, so ist und war in vielen Bereichen ein großes politisches Bemühen festzustellen. Es gibt aber wichtige Bereiche, wie die Schaffung eines attraktiven Ortszentrums mit geschäftlicher Belebung und Errichtung einer Fußgängerzone, die wir durch Jahre als wichtigsten Beitrag für ein modernes Lustenau forderten und dazu unzählige Anträge stellten, die nun so lange verzögert wurden, bis sich das finanzielle Zeitfenster für große Investitionen der Gemeinde über einen längeren Zeitraum schließen wird. Andere Städte und Gemeinden haben ihre Chance genützt, in Lustenau verlief alles einfach gleichmäßig flach. Lustenau braucht beim Projekt Ortszentrum endlich den entscheidenden Schritt vorwärts in den Bereich der Realisierung mit dem Gesetz des Handelns nach Jahren der Vorstudien, Planungen und immer neuen Untersuchungen. Aufgrund des jahrelangen Stillstandes beim Projekt Ortszentrum wird die SPÖ-Fraktion dem Voranschlag 2016 aus grundsätzlichen Erwägungen nicht zustimmen.

Abschließend möchte ich allen Bediensteten der Finanzverwaltung und ihrem Leiter Mag. Klaus Bösch für die hervorragende Arbeit bei der Aufbereitung der Zahlenwerkes sehr herzlich danken. Unser Dank gilt auch allen Lustenauer Mitbürgerinnen und Mitbürgern für ihren während des Jahres geleisteten Einsatz, den Vereinen für ihre ehrenamtliche Arbeit, die gerade in diesen Monaten sehr wertvoll war. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit."

Gemeindevertreterin Ayse Tekelioglu trägt namens der Liste Tekelioglu nachstehenden Generaldebattenbeitrag zum Voranschlag 2016 vor:

„Sehr geehrte Damen und Herren,

das Budget 2016 ist für uns in Ordnung. Konkrete Forderungen wurden unsererseits keine gestellt, da wir heuer das erste Mal bei diesem Prozess der Budgeterstellung mitwirkten bzw Einblick erlangten.

Wir fanden den Ablauf sehr gut organisiert, alles gut vorbereitet, verständlich und nachvollziehbar. Man ist alle offenen Punkte durchgegangen, auf konkrete Fragen wurde in den Ausschüssen gründlich eingegangen.

Wir hoffen, dass alle Investitionen im finanziell und zeitlich geplanten Rahmen durchgeführt werden können.

Wir stimmen dem Budget zu."

Vizebürgermeister Walter Natter trägt namens der ÖVP Lustenau nachstehenden Generaldebattenbeitrag zum Voranschlag 2016 vor:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Geschätzte Damen und Herren der Gemeindevertretung!
Liebe Mitbürger und Mitbürgerinnen!
Werte Gemeindevorstandkolleginnen und -kollegen!

Der Voranschlag 2016 ist das Ergebnis sehr intensiver Verhandlungen mit allen Beteiligten aus der Verwaltung und der Politik. Die Gespräche waren dabei intensiv, konstruktiv und von großer Sachlichkeit geprägt, auch wenn die Ausgangssituation keine einfache war. Ich möchte mich vorab bei allen, die an der Erstellung dieses Voranschlags mitgewirkt haben, recht herzlich bedanken.

Mit der Entwicklung der vergangenen Jahre und dem Ausblick auf das kommende Jahr können wir zufrieden sein. Lustenau steht gut da und wir haben es größtenteils selbst in der Hand, die Marktgemeinde gemeinsam mit den Lustenauerinnen und Lustenauern positiv weiter zu entwickeln. Die Stimmung ist grundsätzlich sehr positiv und die Bürger von Lustenau leben sehr gerne in unserem „Dorf“. Dies ist das Ergebnis einer gemeinsamen und sachorientierten Politik.

Mit Stichtag 30.09.2015 leben 22.931 Personen in Lustenau. Die Gemeinde wächst nach wie vor und in wenigen Jahren werden wir die 25.000er Marke überschreiten. Mit diesem Wachstum gehen auch zusätzliche An- und Herausforderungen einher, die wir spüren und auch zu bewältigen haben. Lustenau ist ein bevorzugter Wohnort.

Ein wichtiger Schwerpunkt ist die zukünftige Konsolidierung des Gemeindehaushalts. Lustenau hat die Krisenjahre wie alle anderen Gemeinden gespürt, durch richtige Entscheidungen jedoch gut gemeistert. Es war wichtig und zahlt sich aus, auch in Krisenzeiten Impulse zu setzen und die Entwicklung voran zu treiben. Dass wir dies aus einer Position der Stärke heraus machen konnten, zeigt, dass die Marktgemeinde auch in den Jahren davor sehr gut gewirtschaftet hat.

Diese starke wirtschaftliche Entwicklung schafft auch die Basis für wichtige Investitionen der Gemeinde im gesellschaftlichen Bereich, die wir in den kommenden Jahren noch verstärken werden. Die Stärkung der Familien, der Bildungsbereich, Pflege und Betreuung sowie ganz generell das Funktionieren der Gesellschaft, das Zusammenleben und der Zusammenhalt der Generationen sind uns ein großes Anliegen. Das ist auch die maßgebliche Richtschnur, die uns bei der Gestaltung des Voranschlags für das kommende Jahr begleitet hat, dass wir vor allem in die Menschen und damit in die Zukunft unserer Kommune investieren müssen, ohne die notwendige Infrastruktur und die langfristige und nachhaltige Absicherung des Wirtschaftsstandortes zu vernachlässigen.

Mehr als € 79 Mio wird Lustenau im kommenden Jahr bewegen. Das Budget der Marktgemeinde Lustenau ist damit mit Abstand das höchste im Vergleich zu den anderen Gemeinden des Landes. Verantwortungsvolle Politik bedeutet, darauf einzugehen und Vorgaben und Konzepte bei Bedarf abzuändern, wenn dies erforderlich ist.

Geschätzte Gemeindevertretung!

Lassen Sie mich die Eckpunkte dieser „Jahresvorausschau“, die ein Budget letztlich ist, zusammenfassen: Der Voranschlag für das Jahr 2016 ist positiv ausgefallen, wofür ich mich bei allen Beteiligten nochmals herzlich bedanken möchte. Mit einem freien Budget von über € 3 Mio bewegen wir uns im Spitzenfeld der Vorarlberger Kommunen. Wirtschaftspolitische Impulse setzen wir mit hohen eigenen Investitionen. Dass wir diese „nur“ mit circa 70 % aus eigener Kraft finanzieren können, ist ein Wehrmutstropfen gegenüber den Vorjahren.

Wir investieren in die Menschen und in die Zukunft unserer Gemeinde. Ein wesentlicher Schwerpunkt sind die Investitionen in Sicherheit, Bildung und Schulen. Im Budget 2016 finden sich zahlreiche Maßnahmen, die unsere Gemeinde noch lebenswerter und familienfreundlicher machen.

Strategische Ziele und Leitbilder, die Sport- und Freizeitstrategie sind voran zu treiben. In Zusammenarbeit mit den gemeinnützigen Wohnbauträgern wollen wir in den kommenden Jahren zusätzliche „leistbare“ Wohnungen anbieten können. Nicht vernachlässigen dürfen wir neben der weiteren Verbesserung der Lebensqualität für unsere Bevölkerung die wirtschaftliche Entwicklung unserer Kommune. Ohne die starke Wirtschaftskraft in unserer Gemeinde können wir nicht weiter in die Lebensqualität investieren. Das zu erkennen halte ich schon für einen maßgeblich entscheidenden Teil unserer Gesamtverantwortung für die Kommune.

Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, die richtigen Entscheidungen vorzubereiten und zu treffen, immer aus dem besten Wissensstand heraus, mit dem notwendigen Gespür, einer realistischen Einschätzung der aktuellen Situation und vor allem mit einem Blick in die Zukunft. Viele Aufgaben und Projekte, die wir uns vorgenommen haben, wirken weit über das kommende Jahr hinaus. Deshalb ist es notwendig, im Vorfeld intensiv zu diskutieren, abzuwägen und dann bestmöglich zu entscheiden. Am Ende zählt nicht, ob wir persönlich in unserer Arbeit erfolgreich waren, sondern ob die Menschen aus unserer politischen Arbeit einen Gewinn gezogen haben.

Danken möchte ich an dieser Stelle auch all jenen, die sich in unserer Gemeinde für die Gemeinschaft engagieren, und das sind viele, und die so wertvolle ehrenamtliche Leistungen in unserer Gesellschaft erbringen. Wir können heute ein Budget vorlegen, das viele positive Vorhaben für unsere Gemeinde beinhaltet. Die Entstehung des großen Zahlenwerks, wie es ein Budget mit € 79 Mio darstellt, ist ein intensiver Prozess mit vielen Beteiligten.

Herzlichen Dank den Vertretern der Fraktionen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der Personalvertretung und speziellen Dank Mag. Klaus Bösch, bei dem alle budgetrelevanten Informationen zusammenlaufen und die in vielen Runden und intensiven Gesprächen zur Entstehung dieses Budgets einen wichtigen Beitrag geleistet haben. An dieser Stelle möchte ich abschließend auch der Lustenauer Bevölkerung für ihre Steuerleistung danken, ohne der dieser Voranschlag der Gemeinde Lustenau nicht vollziehbar wäre. Ich wünsche ihnen allen geruhsame Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2016. Herzlichen Dank!

Der Vorsitzende eröffnet die Spezialdebatte.

Gemeindevertreterin Dr. Klaudia Niedermair stellt namens der Grünen Fraktion nachstehenden Budget-Antrag:

„Im ersten Halbjahr ist genügend Zeit um das Raumprogramm im Campus Rotkreuz zu finalisieren und die beiden Entscheidungen Neubau oder Sanierung bzw Standort Volksschule oder Standort Mittelschule zu treffen. Danach soll unverzüglich mit dem Architekturwettbewerb begonnen werden. Hierfür soll bei der Voranschlagsstelle 1/2113-0100 die Summe von € 100.000,- ins Budget aufgenommen werden.“

Sodann stellt Gemeindevertreter Bernd Bösch namens der Grünen Fraktion nachstehenden Budget-Antrag:

„Um gewidmete, erschlossene, leerstehende und unbebaute Gewerbeflächen sinnvoll, zukunftstauglich und mit Augenmaß auf den Markt zu bringen und so den Wirtschaftsstandort aktiv zu stärken, soll der Budgetposten Standortmanagement 1/7800-7290 um € 50.000,- auf den ursprünglichen Betrag von € 100.000,- aufgestockt werden.“

Weiters stellt Gemeindevertreterin Dr. Klaudia Niedermair namens der Grünen Fraktion nachstehenden Budget-Antrag:

„Um nicht nur den Abgang der Kinderbetreuungseinrichtung Löwenzahn und Seidenpfote abzufedern, sondern auch auf die bestehende Warteliste, die im kommenden Jahr sicher wieder länger werden wird und auf zu schaffende Spielräume einzugehen, sollen im Budget unter der Position 1/8530-6140 zusätzliche Mittel in der Höhe von € 250.000,- - wovon € 180.000,- im Rahmen der 15a-Vereinbarung refundiert werden (Voranschlagsstelle 2/8530-8710) - budgetiert werden.“

Schließlich stellt Gemeindevertreterin Christine Bösch-Vetter namens der Grünen Fraktion nachstehenden Budget-Antrag:

„Die Gemeindevertretung soll die Chance eines gastronomischen Relaunches an der Südseite des Kirchplatzes dazu nutzen, die Möblierung und Bepflanzung des Kirchplatzes attraktiver zu gestalten. Dazu soll ein Ansatz unter der Voranschlagsstelle 1/8280-0430 von € 100.000,- im Voranschlag berücksichtigt werden.“

Gemeindevertreter Bernd Bösch stellt namens der Grünen Fraktion abschließend nachstehenden Budget-Antrag:

„Zur Bedeckung der gestellten Anträge für die wichtigen Zukunftsprojekte im Bereich Bildung, Standortmanagement und Zentrum, soll der Budgetposten 1/8530-0100 um € 320.000,- gekürzt werden.“

Nach eingehender Diskussion lässt der Vorsitzende sodann über den Antrag von Dr. Klaudia Niedermair betreffend die Erhöhung der Voranschlagsstelle 1/2113-0100, um die Summe von € 100.000,-, abstimmen und stellt dessen mehrstimmige (Stimmverhältnis 5 : 31) Ablehnung fest.

Weiters lässt der Vorsitzende über den Antrag von Bernd Bösch betreffend die Aufstockung des Budgetposten Standortmanagement 1/7800-7290, um € 50.000,- auf den ursprünglichen Betrag von € 100.000,-, abstimmen und stellt dessen mehrstimmige (Stimmverhältnis 6 : 30) Ablehnung fest.

Sodann lässt der Vorsitzende über den Antrag von Dr. Klaudia Niedermair betreffend die Erhöhung der Voranschlagsstelle 1/8530-6140, um € 250.000,- - wovon € 180.000,- im Rahmen der 15a-Vereinbarung refundiert werden (Voranschlagsstelle 2/8530-8710), abstimmen und stellt dessen mehrstimmige (Stimmverhältnis 7 : 29) Ablehnung fest.

Schließlich lässt der Vorsitzende über den Antrag von Christine Bösch-Vetter betreffend die Erhöhung der Voranschlagsstelle 1/8280-0430, um € 100.000,-, abstimmen und stellt dessen mehrstimmige (Stimmverhältnis 5 : 31) Ablehnung fest.

Gemeindevertreter Bernd Bösch erklärt, dass der Antrag zur Kürzung des Budgetpostens 1/8530-0100, um € 320.000,- zur Bedeckung der wichtigen Projekte im Bereich Bildung, Standortmanagement und Zentrum, aufgrund der vorhergehenden Abstimmungsergebnisse zurückgezogen wird.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Abschließend wird über Antrag des Vorsitzenden der nachstehende Voranschlag 2016 mehrstimmig beschlossen (Stimmverhältnis 21 : 15):

Einnahmen der Erfolgsgebarung	€	61.250.600,00
Einnahmen der Vermögensgebarung	€	<u>18.008.900,00</u>
Gesamteinnahmen der Haushaltsgebarung	€	79.259.500,00
		=====
Ausgaben der Erfolgsgebarung	€	57.262.900,00
Ausgaben der Vermögensgebarung	€	<u>21.996.600,00</u>
Gesamtausgaben der Haushaltsgebarung	€	79.259.500,00
		=====

3. ÄNDERUNG DER ERMÄCHTIGUNG ZUR ENTGEGENNAHME VON BARZAHLUNGEN

Über Antrag des Vorsitzenden wird einstimmig beschlossen:

Gemäß § 79 Abs 3 Gemeindegesetz werden neben Kommunalverwalter Mag. Klaus Bösch (§ 79 Abs 1 Gemeindegesetz) folgende Personen ermächtigt, Barzahlungen an die Gemeinde entgegenzunehmen:

Gemeindekassa:
Fetz Doris
Riedmann Martin
Hollenstein Marlies

Bauhof:
Hagen Wolfgang
Hagen Hubert
Bernhard Alexandra

Zirker Raimund
Hämmerle Gebhard
Grabher Manfred
Müller Manuel

Polizei:

Wagner Markus
Szolga Philipp
König Thomas
Schreiber René
Tomasini Werner
Heisig Jutta
Bösch Birgit

Portokassa Sekretariat:

Stimpfl Sabrina
Lorenz Sabine

Bürgerservice:

Peter Jürgen
Golz Brigitte
Müller Karin
Insam Heidi
Bischof Evi
Ulrich Yvonne
Blaas Jürgen

Fitz Reinhard
Suppan Christian
Spechtenhauser Kurt
Troppe Markus
Bösch Heinz

Eishalle/Parkbad:

Jartschitsch Ewald
Ortner Gerd
Hagen Renato
Mätzler Markus
Mandlbürger Harald
Mortimore Anthony

Bibliothek:

Ladstätter Peter
Egelhofer Caroline
Kullich Sybille
Hume Karin

Reichshofsaal:

Zischg Olivia
Matt Manuela
Heinzle Oliver
Engel Simone

4. ÄNDERUNG DER WASSERGEBÜHRENVERORDNUNG DER MARKT- GEMEINDE LUSTENAU 2001 IDf 05.11.2015

Die unter diesem Tagesordnungspunkt beschlossene Änderung der Verordnung der Gemeindevertretung der Marktgemeinde Lustenau vom 15.03.2011 idF vom 05.11.2015 über die Regelung der Wassergebühren (Wassergebührenverordnung) wird separat kundgemacht.

5. VERORDNUNG ÜBER DIE AUFLASSUNG EINES TEILSTÜCKES EINER GEMEINDESTRASSE

Die unter diesem Tagesordnungspunkt beschlossene Verordnung über die Auflassung eines Teilstückes einer Gemeindestrasse wird separat kundgemacht.

6. UMWELTSCHUTZPREIS DER MARKTGEMEINDE LUSTENAU 2015

Nach kurzer Erläuterung durch Umweltreferentin Christine Bösch-Vetter und eingehender Diskussion wird über Antrag des Vorsitzenden, aufgrund der Beratungen in der 2. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 21.10.2015, der Lustenauer Umweltschutzpreis 2015 mehrstimmig (Stimmverhältnis 35 : 1) wie folgt vergeben:

„Der Lustenauer Umweltschutzpreis 2015 wird dem Verein Permatop Lustenau und dem Pedal Piraten Ralph Hollenstein für ihre herausragenden Verdienste um den Umweltschutz in Lustenau gemeinsam zuerkannt.“

7. ÄNDERUNG DES FLÄCHENWIDMUNGSPLANES

Nach kurzer Erläuterung durch den Vorsitzenden wird über dessen Antrag einhellig beschlossen:

Die Gemeindevertretung beschließt einen Antrag für die Erteilung einer Ausnahmegewilligung vom Landesraumplan „Blauzone Rheintal“ (VO der VfbgLR, LGBl Nr 01/2014) mit einer Gesamtfläche von rund 18.998 m², als Grundlage für die Umwidmung der Gst-Nrn 5197/1 (11.815 m²) und 6936/3 (3.070 m²) sowie einer Teilfläche der Gst-Nr 5052/3 mit einer Fläche von rund 1.757 m² von Freifläche Freihaltegebiet in Freifläche Sondergebiet „Asphalt-aufbereitung und -herstellung“ und für die Umwidmung einer Teilfläche der Gst-Nr 5052/3 mit einer Fläche von rund 2.356 m² von Freifläche Freihaltegebiet in Freifläche Sondergebiet „Sichtschutz“ zu stellen.

8. UMBESETZUNG DES PRÜFUNGSAUSSCHUSSES UND DER BERUFUNGSKOMMISSION

Über Antrag der Parteifraktion Bürgermeister Kurt Fischer – Lustenauer Volkspartei, vorge-tragen durch den Vorsitzenden, werden in Abänderung der bisherigen Ausschuss- bzw Kommissionszusammensetzungen die nachstehenden Gemeindevertreter bzw deren Ersatz-mitglieder der Fraktion der Lustenauer Volkspartei in die folgende Kommission bzw den folgenden Ausschuss einstimmig gewählt:

Berufungskommission:

Als Mitglied: Markus Schlachter, Msc, Kellerackerstraße 36a/3
anstelle von: Roland Gozzi, Schützengartenstraße 6a

als 2. Ersatzmitglied: Roland Gozzi, Schützengartenstraße 6a
anstelle von: Markus Schlachter, Msc, Kellerackerstraße 36a/3

Prüfungsausschuss:

Als Mitglied: Petra Bösch, Forststraße 8c
anstelle von: Roland Gozzi, Schützengartenstraße 6a

9. ENDLICH DURCHSTARTEN IN DER KINDERBETREUUNG

Nach kurzer Erläuterung stellt Gemeindevertreterin Dr. Klaudia Niedermair für die Grünen Fraktion folgenden Antrag:

„Die Gemeindevertretung möge beschließen:

- 1) dass die Marktgemeinde Lustenau im Jahr 2016 den unbedingt benötigten Ausbau der Kinderbetreuungsplätze aktiv betreibt und so zumindest bis zum Beginn des Schuljahres 2016/2017 zusätzliche Angebote geschaffen werden;

- 2) dass die Marktgemeinde Lustenau im ersten Quartal 2016 einen Strategietag zu dem Thema Ausbau der Kinderbetreuung und Kindergärten mit allen politischen Fraktionen und weiteren relevanten Akteuren veranstaltet;
- 3) dass die Marktgemeinde Lustenau eine kurz-, mittel- und langfristige Strategie ausarbeitet um zu klären, wie und wo Lustenau den steigenden Bedarf an Kinderbetreuung und Plätzen im Kindergarten mit hochwertigen Angeboten abdecken kann;
- 4) dass ausreichend finanzielle Mittel für den flächendeckenden Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung gestellt werden."

Nach eingehender Diskussion stellt der Vorsitzende den Antrag den vorliegenden Antrag der Grünen Fraktion in den Bildungsausschuss am 19. Jänner 2015 weiterzuleiten, mit der dezidierten Anregung einen Strategietag durchzuführen.

Sodann lässt der Vorsitzende zuerst über den Grundsatzantrag der Grünen Fraktion abstimmen und stellt **mehrstimmige** (Stimmverhältnis 7 : 29) **Ablehnung** fest.

Schließlich lässt der Vorsitzende über seinen **Antrag auf Weiterleitung** des vorliegenden Antrages der Grünen Fraktion zur Behandlung im Bildungsausschuss am 19. Jänner 2015 abstimmen und stellt **einhellige Zustimmung** fest.

10. BETTLERPROBLEMATIK IN LUSTENAU

Nach kurzer Erläuterung stellt Gemeinderat Martin Fitz für die FPÖ-Fraktion folgenden **Antrag**:

„Die Gemeindevertretung möge die Vorbereitung von sogenannten „Bettelzonen“ in denen das Betteln untersagt ist in unserer Gemeinde durch die zuständigen Stellen in Zusammenarbeit mit der Sicherheitswache ausarbeiten und beschließen.

In diese Vorbereitungen sollen auch mögliche Maßnahmen und zu erlassende Verordnungen gegen illegales Campieren (ungenehmigte Romalager) fließen.“

Nach eingehender Diskussion über die rechtlichen Grundlagen wird der zuvor gestellte **Antrag** der FPÖ-Fraktion, über Vorschlag des Vorsitzenden, von Martin Fitz zur Berichterstattung durch die zuständigen Stellen und Diskussion im Gemeindevorstand **zurückgestellt**.

11. VORLÄUFIGE EINSTELLUNG VON ANSIEDELUNGSVERHANDLUNGEN MIT MASSIVEN VERKEHRSERREGERN IN UNSERER GEMEINDE

Nach kurzer Erläuterung stellt Gemeinderat Martin Fitz für die FPÖ-Fraktion folgenden **Antrag**:

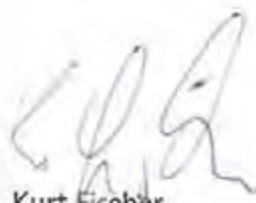
„Sämtliche Verhandlungen der Gemeinde zu Betriebsansiedlungen (insbesondere IKEA) welche massive und zusätzliche Verkehrsbelastungen in unserer Gemeinde erzeugen würden, sind bis zur tatsächlichen Umsetzung einer sinnvollen Verkehrslösung einzustellen.“

Nach eingehender Diskussion stellt Gemeindevertreter Mag. Manfred Hagen für die Grünen Fraktion folgenden **Abänderungsantrag**:

„Im Rahmen von Vision im Rheintal soll, wie schon angekündigt und beabsichtigt, eine Studie erarbeitet werden, die die Folgen einer möglichen Ansiedlung von IKEA prüft. Insbesondere sollen die Auswirkungen dieses Projekts auf die Verkehrs- und Wirtschaftsentwicklung der Region Unteres und Mittleres Rheintal untersucht werden. Damit sollen fachlich fundierte Entscheidungen zum Projekt geschaffen werden. Bis zum Vorliegen dieser Ergebnisse sind die Verhandlungen mit IKEA auszusetzen.“

Nach eingehender Erläuterung lässt der Vorsitzende zuerst über den Antrag der FPÖ-Fraktion abstimmen und stellt **mehrstimmige** (Stimmverhältnis 9 : 27) **Ablehnung** fest.

Schließlich lässt der Vorsitzende über den **Abänderungsantrag** der Grünen-Fraktion abstimmen und stellt ebenfalls **mehrstimmige** (Stimmverhältnis 14 : 22) **Ablehnung** fest.


Dr. Kurt Fischer
Bürgermeister

